

Wanka, Johanna et al.

Article

»Akademisierungswahn«: Studieren zu viele?

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Wanka, Johanna et al. (2013) : »Akademisierungswahn«: Studieren zu viele?, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 66, Iss. 23, pp. 3-24

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/165346>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Wird in Deutschland zu viel studiert und sollte der »Akademisierungswahn« beendet werden? Oder ist die Diskussion über eine vermeintliche Überakademisierung der Gesellschaft verfehlt?

Auf jeden einzelnen kommt es an

Hörsaal oder Werkbank? Blue collar oder white collar? Mit einiger Vereinfachung lassen sich die Gegenpositionen in der Debatte um die Sicherung des Fachkräftenachwuchses ziemlich klar beschreiben: Die einen freuen sich über die Expansion des Hochschulwesens, die unter anderem darin zum Ausdruck kommt, dass in den vergangenen Jahren regelmäßig etwa die Hälfte eines Schulabgängerjahrgangs ein Studium begonnen hat. Die anderen stellen die bange Frage, ob dieser Trend zum Studium nicht dazu führt, dass sich der Nachwuchsmangel in manchen anspruchsvollen nicht-akademischen Berufen weiter verschärft. Ganz zu schweigen von der Frage, ob die gestiegene Studierneigung womöglich eine Überlastung unseres Hochschulsystems zur Folge hat.

Die meisten dieser Fragen sind richtig gestellt. Die Debatte führt aber an den eigentlichen Herausforderungen vorbei. Denn es geht nicht um ein Entweder/oder, nicht um ein Mehr oder Weniger an Ausbildungs- oder Studienplätzen. Berufliche Bildung und Studium sind gleichermaßen wichtige Bestandteile unseres Bildungssystems. Gerade der Qualifikationsmix von beruflichen und akademischen Ausbildungen bildet ja das Rückgrat der wirtschaftlichen Leistungskraft Deutschlands.

Eine berufliche Bildung mit einem breiten und hohen Qualifikationsniveau soll den jungen Menschen den erfolgreichen Einstieg ins Berufsleben ebnen und durch bedarfsgerechte und anspruchsvolle Fortbildungen attraktive Karrierechancen bzw. den Weg in die Selbständigkeit eröffnen, ohne dass dafür ein Hochschulstudium absolviert werden muss. Das sichert die Fachkräftebasis, auf deren Grundlage deutsche Unternehmen ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit wei-

ter ausbauen können. Gleichzeitig brauchen wir ein vielfältiges und leistungsfähiges Hochschulsystem, in dem die jungen Menschen ihre Bildungswünsche verwirklichen können, das den hochqualifizierten Nachwuchs für Wissenschaft und Wirtschaft ausbildet und das die weltweit klügsten Köpfe anzieht. Beide Ziele erreichen wir nur, wenn die Stärkung des einen nicht zu Lasten des anderen erfolgt. Es wäre falsch, diese anerkannten Stärken unseres Bildungssystems gegeneinander auszuspielen.

Ich gehe noch einen Schritt weiter: Neben der optimalen Ausgestaltung brauchen wir zudem neue Querverbindungen zwischen den beiden Bildungsbereichen. Das duale Studium, das sich immer größerer Beliebtheit erfreut, ist ein gutes Beispiel für die alternative Verknüpfung von Theorie und Praxis. Auch die Ausweitung spezieller Studiengänge für beruflich Qualifizierte, die deren Kompetenzen angemessen berücksichtigen und die gegebenenfalls berufsbegleitend studierbar sind, kann die Beschäftigungsfähigkeit sichern und neue Chancen für die berufliche Karriere bieten. Umgekehrt hält das duale System der Berufsbildung bereits jetzt attraktive Anschlussoptionen für all jene jungen Menschen bereit, die ihr Studium vorzeitig ohne Abschluss beenden. Diese Anschlussmöglichkeiten führen in relativ kurzer Zeit zu einem berufsqualifizierenden Abschluss oder gar zu einem beruflichen Fortbildungsabschluss.

Der bisherige Ausbau der Studienplätze an deutschen Hochschulen war richtig

Deutschland hatte lange Zeit eine vergleichsweise geringe Akademisierungsquote. Das haben wir geändert. Die Zahl der Erstabsolventen ist im Jahr 2011 auf rund 307 000 gestiegen. Gegenüber dem Jahr 2001 ist das ein Plus von 70%. Der Anteil von Hochschulabsolventinnen und



Johanna Wanka*

* Prof. Dr. Johanna Wanka ist Bundesministerin für Bildung und Forschung.

Hochschulabsolventen an der altersgleichen Bevölkerung stieg im selben Zeitraum von 17 auf 31 % und hat sich damit dem OECD-Durchschnitt von knapp 39 % angenähert. Ich bin sicher: Hätten wir heute eine Absolventenquote wie vor 20 Jahren, wäre unsere Wirtschaft längst nicht so wettbewerbsfähig, wie sie sich gerade in Krisenzeiten erwiesen hat. Eine geringe Arbeitslosigkeit sowie vergleichsweise hohe Löhne belegen die guten Perspektiven akademischer Fachkräfte am Arbeitsmarkt. Auch wenn es durchaus Unterschiede je nach Fachrichtung gibt, herrscht auf dem Arbeitsmarkt für Akademikerinnen und Akademikern seit Jahren nahezu Vollbeschäftigung.

In absehbarer Zeit droht Deutschland ein Mangel an qualifizierten Fachkräften. Das gilt für die Gesundheits- und Sozialberufe genauso wie für die Lehr- sowie die technisch-naturwissenschaftlichen Berufe. In einigen Berufsfeldern und Regionen klagen Unternehmen schon heute über fehlende Bewerberinnen und Bewerber.

Laut aktuellen Prognosen wird es zwar bis 2030 mehr Absolventinnen und Absolventen einer akademischen Ausbildung (4,9 Millionen) als vergleichbare Austritte aus dem Arbeitsmarkt (3,2 Millionen) geben, ein grundlegender Strukturwandel hin zu wissens- und forschungsintensiven Industrien und Dienstleistungen wird aber dazu führen, dass Akademikerinnen und Akademiker vom Arbeitsmarkt gut aufgenommen werden. Ab dem Jahr 2030 wird, vor allem wegen sinkender Geburtenzahlen, ein Rückgang der Absolventenzahlen erwartet. Obwohl sich der Trend zur Höherqualifizierung voraussichtlich fortsetzen wird, wird sich der Fachkräftemangel voraussichtlich verschärfen.

Auf der mittleren Qualifikationsebene stellt sich die Fachkräftefrage sogar schon früher. Einem leicht rückläufigen Bedarf an Beschäftigten bis 2030 steht ein deutlicher Rückgang der Erwerbspersonen mit entsprechender Qualifikation gegenüber. Ab dem Jahr 2020 scheidet eine steigende Zahl von Fachkräften aus dem Erwerbsleben aus. Auch Absolventinnen und Absolventen aus der Berufsbildung werden daher sehr gefragt sein. Die Prognosen bestärken mich in meiner Auffassung, dass wir mehr tun müssen, damit niemand ohne Schulabschluss, Berufsabschluss oder Studienabschluss bleibt. Wir müssen alle Bildungspotenziale in unserer Gesellschaft bestmöglich fördern und entwickeln. Dies schließt auch ein, dass die Entscheidung für eine berufliche oder akademische Ausbildung nicht von der sozialen Herkunft vorbestimmt werden darf.

Angesichts der weiterhin hohen Nachfrage nach akademisch ausgebildeten Menschen sind die steigenden Studienanfängerzahlen ein Glücksfall für unser Land. Nahmen 2006 rund 350 000 junge Menschen ein Studium auf, lag die Zahl 2013 über 500 000. Laut Vorhersagen der Kultusministerkonferenz werden sich im Jahr 2020 trotz sinkender

Geburtenzahlen rund 450 000 junge Frauen und Männer erstmalig immatrikulieren. Wir investieren Milliarden in gute Bedingungen an den Hochschulen. Mit dem Hochschulpakt 2020 haben Bund und Länder eine wichtige Basis für diese Expansion geschaffen. Allein für die Jahre 2011 bis 2015 stellt die Bundesregierung rund sieben Milliarden Euro für rund 625 000 zusätzliche Studienplätze bereit. Die Erhöhung des BAföG und das neue Deutschland-Stipendium haben junge Leute ebenfalls motiviert, ein Studium aufzunehmen. Mit weiteren Initiativen, wie etwa dem Qualitätspakt Lehre oder der Exzellenzinitiative, haben wir die Bedingungen für Forschung und Lehre an deutschen Hochschulen deutlich verbessert.

Das Studiensystem modernisieren, differenzieren und internationalisieren

Wir haben viel erreicht! Genauso richtig ist aber, dass wir gerade im Hinblick auf die Modernisierung des Studiensystems noch viele Herausforderungen zu bewältigen haben. So müssen vor allem mehr Studienanfängerinnen und Studienanfänger ihr Studium erfolgreich abschließen, ohne Aufgabe des hohen fachlichen Anspruches, den wir zu Recht an die akademische Ausbildung stellen. Die Abbruchquoten sind nicht Ausdruck einer mangelnden Studierfähigkeit der heutigen Studierenden. Richtig ist, dass unsere Gesellschaft insgesamt bunter geworden ist und die jungen Menschen mit unterschiedlichen Vorkenntnissen und damit auch mit unterschiedlichen Stärken und Schwächen ein Studium aufnehmen. Wenn wir eine breite Bildungsbeteiligung und eine höhere soziale Durchlässigkeit wollen, dann müssen wir insbesondere in der Studieneingangsphase diese Vielfalt stärker berücksichtigen und gezielte Unterstützung anbieten, sei es über bestimmte Vorbereitungskurse oder besondere Formen der Beratung und Betreuung.

Die Abbruchquoten geben uns Hinweise auf Optimierungsbedarfe: Die unzureichende Studierbarkeit einiger Studiengänge, manche Fehlvorstellungen der Studieninteressierten über Anforderungen und Schwerpunkte in den einzelnen Studienfächern und auch eine Überlastung der Lehrenden sind nur einige Punkte, an denen wir ansetzen müssen. Neben der didaktischen und inhaltlichen Fortentwicklung des Studiums durch die Hochschulen müssen wir die Rahmenbedingungen verbessern und die Ausgaben für die Hochschulen deutlich steigern. Im Rahmen eines Zukunftsvertrags zwischen Bund und Ländern streben wir einen verbindlichen finanziellen Rahmen für die gemeinsamen Anstrengungen an.

Mit der Bologna-Reform wurden bereits wichtige strukturelle Veränderungsprozesse im deutschen Studiensystem eingeleitet. Ein Drittel der Absolventinnen und Absolventen deutscher Hochschulen verfügt heute über studienbezoge-

ne Auslandserfahrung, und noch nie haben so viele Ausländerinnen und Ausländer an deutschen Hochschulen studiert (282 000 im Wintersemester 2012/2013). Deutschland ist bei ausländischen Studierenden das beliebteste nicht-englischsprachige Studienland. Und auch wenn eine qualifizierte Zuwanderung den drohenden Fachkräftemangel alleine nicht lösen wird, so kann sie dennoch einen wichtigen Beitrag zu seiner Minderung leisten. Deshalb wird der Bund die Hochschulen weiterhin in ihren Bestrebungen unterstützen, die Internationalisierung zum zentralen Baustein der institutionellen Profilentwicklung zu machen und eine echte Willkommenskultur auf allen Ebenen zu etablieren.

Ein weiteres Ziel der Studienreform hierzulande ist, über die Vermittlung der fachlichen Kompetenz hinaus das Ziel der Beschäftigungsbefähigung im Studium fester zu verankern und zu fördern. Wenn etwa die Hälfte eines Jahrgangs studiert und ein großer Teil davon keine wissenschaftliche Karriere anstrebt, muss sich das auch in der Ausgestaltung der Curricula widerspiegeln. Viele Hochschulen haben richtigerweise ihre Studienangebote erweitert und Angebote mit mehr Praxis- und Berufsbezügen geschaffen. Auch der Vermittlung methodischer sowie sozialer Kompetenzen wurde vielerorts eine größere Bedeutung eingeräumt. Mit dem Wettbewerb »Aufstieg durch Bildung: Offene Hochschulen« unterstützen Bund und Länder außerdem 26 Projekte an Hochschulen, die beispielsweise berufsbegleitende Bachelor- und Masterangebote entwickeln wollen.

Die Stärken der beruflichen Bildung erhalten und zukunftsfest ausrichten

Auch die Berufsbildung hat einen erheblichen Anteil an der Sicherung des Fachkräftebedarfs in Deutschland. Weiterhin beginnt mehr als die Hälfte eines Altersjahrgangs eine Ausbildung in den rund 330 anerkannten Ausbildungsberufen. Bundesweit gab es 2012 rund 1,4 Mill. Auszubildende. 23% aller Ausbildungsverträge wurden 2011 von jungen Menschen mit einer Hochschulzugangsberechtigung abgeschlossen (2008: 21%). Das belegt die Attraktivität der dualen Ausbildung auch für diesen Personenkreis.

Ein entscheidender Vorzug des dualen Berufsausbildungssystems liegt in der Nähe zum Beschäftigungssystem. Mit seiner Komplementarität von Lernen im Betrieb und in der Berufsschule ermöglicht es Unternehmen, ihren Fachkräftenachwuchs praxisnah und bedarfsgerecht auszubilden, andererseits sichert es den Auszubildenden hohe Übernahmequoten in Beschäftigung. Weitere Stärken sind die flexible Anpassung an wirtschaftliche Innovationen und sich wandelnde Arbeitsmarkterfordernisse. Neben den allgemein bekannten Berufen haben sich aufgrund der steigenden Anforderungen der modernen Arbeitswelt zum Beispiel in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften

und Technik neue Ausbildungsprofile mit hohem Qualifikationsniveau entwickelt. Schließlich trägt die berufliche Bildung entscheidend zu der in Deutschland niedrigsten Jugendarbeitslosigkeit im europäischen Vergleich (laut Eurostat 7,7%, Stand: August 2013) bei.

Zu den Herausforderungen, auf die wir über das duale System und seine Ausgestaltung Antworten geben müssen, gehören vor allem:

- die demographische Entwicklung, die die künftige Fachkräftesicherung erheblich beeinflussen wird,
- die weitere Attraktivitätssteigerung, Qualitätssicherung, Differenzierung und Flexibilisierung der beruflichen Bildung,
- das Lernen im Lebenslauf bzw. die berufliche Weiterbildung,
- die Verbesserung der Übergangsmöglichkeiten an den Schnittstellen der beruflichen Bildung und zwischen den Bildungssystemen und
- die Entwicklung eines gemeinsamen europäischen Arbeits- und Bildungsraums

Ausbau des Systems der geregelten beruflichen Fortbildung

Den Absolventinnen und Absolventen der Ausbildungsberufe steht ein differenziertes System der geregelten Fortbildungsberufe zur Verfügung. Die Angebote qualifizieren ganzüberwiegend für anspruchsvolle Fach- und gehobene und höhere Führungsaufgaben. Damit können Positionen erreicht werden, für die oftmals Hochschulabsolventen rekrutiert werden. Rund 100 000 solcher Fortbildungsprüfungen werden jährlich abgelegt. Die Kombination von Berufsausbildung, Berufspraxis und einer Weiterbildung auf gehobenem Niveau bilden das Alleinstellungsmerkmal dieser Fortbildungsabschlüsse. In Zukunft wird es noch mehr darum gehen, dieses System weiter auszubauen und neue und novellierte Regeln gemeinsam mit der Wirtschaft und den Gewerkschaften zu entwickeln.

Mehr Durchlässigkeit: Miteinander statt Gegeneinander

Die berufliche und hochschulische Bildung haben ihre Leistungsfähigkeit und ihre Arbeitsmarktrelevanz bewiesen. Beide verfügen über spezifische Stärken, doch beide neigen ein wenig dazu, die eigene Binnensicht und die Logik des eigenen Systems absolut zu setzen. Das kommt auch in der eingangs skizzierten Debatte »Werkbank versus Hörsaal« deutlich zum Ausdruck. Dabei ist ein Blick über den vielzitierten Tellerrand heute wichtiger denn je. Denn individuelle Bildungsverläufe halten sich nur selten an die institutionellen Grenzlinien unseres Bildungssystems. Und die Herausfor-

derungen, vor denen unser Land steht, tun dies ebenfalls nicht. So erleben wir heute, dass der theoretische Anspruch in einigen Ausbildungsberufen – etwa im pflegerischen Bereich oder in einigen technischen Berufen – deutlich ansteigt. Mit der Folge, dass in diesen Berufen akademische Elemente in der Aus- und Weiterbildung immer wichtiger werden. Auch der allseits zu Recht geforderte »Aufstieg durch Bildung« verlangt nach einer stärkeren Öffnung der Grenze zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung. Die Grundfrage lautet also nicht »Werkbank oder Hörsaal«, sondern vielmehr: Wie kommen wir zu einer möglichst großen Vielzahl individueller Settings mit passenden Elementen aus beiden Bereichen? Und zwar auch in der Fort- und Weiterbildung?

Es ist an der Zeit, den Hochschulbereich mit dem der beruflichen Bildung enger zu verzahnen und die Durchlässigkeit zu verbessern. Die Übergänge vom einen in das andere System sind aus dem Blickwinkel des Einzelnen heraus besser zu gestalten, etwa beim Beginn einer beruflichen Ausbildung nach einem Studienabbruch oder bei der Aufnahme eines Hochschulstudiums mit einer in der Berufsbildung erworbenen Hochschulzugangsberechtigung. Wir brauchen gezielte Beratungsangebote ebenso wie die Anerkennung und Anrechnung von (Teil-)Leistungen, die zuvor im jeweils anderen Bildungsbereich erworben wurden. Darüber hinaus sind gemeinsame Fortbildungsangebote sinnvoll, in die beide Seiten ihre Stärken einbringen können. Diese gemeinsamen Angebote sollen Menschen aus beiden Bildungsbereichen offenstehen und ihnen gleichzeitig den Wechsel zwischen beiden Systemen ermöglichen. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat deshalb zwei Pilotvorhaben auf den Weg gebracht, um solche Verzahnungsmöglichkeiten konkret und beispielhaft auf der Niveaustufe 5 des Deutschen Qualifikationsrahmens zu untersuchen und gemeinsame Bildungsangebote zu entwickeln. Dabei geht es insbesondere um die Verknüpfung mit einem zielgruppengerechten Beratungskonzept.

Wir müssen uns nicht die Frage stellen, welche Akademisierungquote die richtige für uns ist. Was zählt ist, den jungen Menschen in unserem Land Bildungschancen zu eröffnen, die ihren Fähigkeiten und Interessen, aber auch ihren Lebensentwürfen am besten gerecht werden.



Hans-Peter Klös*



Axel Plünnecke**

Fachkräftebedarfe in Deutschland: Komplementarität von beruflicher und akademischer Ausbildung

Die Einschreibezahlen von Erstsemestern an deutschen Hochschulen erreichen seit einigen Jahren immer neue Höchststände. Inzwischen beginnen nur noch wenig mehr junge Menschen eine betriebliche Ausbildung als ein Studium. Vor diesem Hintergrund ist in Deutschland eine Debatte um eine vermeintliche Über-Akademisierung entbrannt, manche Kommentatoren sprechen sogar von einem »Akademisierungswahn« (Nida-Rümelin 2013; Bölling 2013). Nachdem bis vor wenigen Jahren die spezifischen Vorteile der beruflichen Bildung von einer breiteren Öffentlichkeit gar nicht wahrgenommen wurden, mehren sich im politischen Raum die Stimmen, die berufliche Ausbildung nicht zu vernachlässigen. Jüngst hat sich erstmals auch die OECD nach jahrzehntelangem Ignorieren des spezifisch deutschen Modells der beruflichen Bildung positiv über deren Bedeutung für die ökonomische Leistungsfähigkeit Deutschlands geäußert (OECD 2013).

Schon früher wurde zu Recht darauf verwiesen, dass der von internationalen Vergleichen der Akademikerquoten genährte Hinweis, in Deutschland gebe es eine Akademikerglücke, kurzschlüssig ist, weil aufgrund der Internationalen Standardklassifizierung für Bildung (ISCED) berufliche Abschlüsse deutscher Provenienz strukturell unterbewertet sind. Vergleiche von internationalen Kompetenzniveaus zeigen, dass die Kompetenzanforderungen (vgl. Anger und Plünnecke 2009) an international als akademisch eingestufte Abschlüsse teilweise unterhalb der Werte für berufliche Abschlüsse in Deutschland liegen. Es ist daher nur konsequent, dass mit dem Deutschen Qualifikationsrahmen die grundsätzliche Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Abschlüsse verankert worden ist.

* Dr. Hans-Peter Klös ist Leiter des Wissenschaftsbereichs Bildungspolitik und Arbeitsmarktpolitik am Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

** Prof. Dr. Axel Plünnecke ist stellvertretender Leiter des Wissenschaftsbereichs Bildungspolitik und Arbeitsmarktpolitik am Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

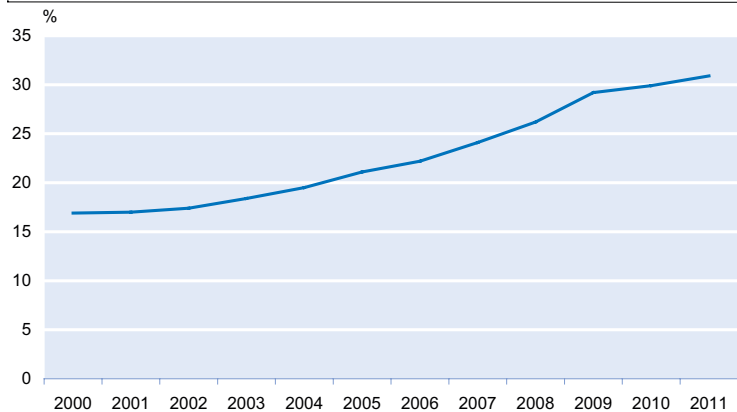
Doch mit dieser formalen Anerkennung der Gleichwertigkeit ist das Problem der strukturellen Verschiebung im Bildungswahlverhalten von der beruflich-dualen zur akademisch-tertiären Bildung mitnichten gelöst. Vielmehr steht hinter diesen Wahlentscheidungen eine ganze Fülle von Faktoren, die mit definitiven Gleichwertigkeitsstatuten nicht zu suspendieren sind: 1) Bildungsabschlüsse sind ein Distinktionsmerkmal für Bildungsteilnehmer und deren Eltern, Bildung ist nach wie vor ein Positionsgut. 2) Die Veränderung der Jahrgangsstärken entfaltet sowohl angebots- wie nachfragegeseitig einen zusätzlichen Differenzierungsdruck für Bildungsteilnehmer und Bildungsanbieter. 3) Bildungsentscheidungen werden maßgeblich von finanziellen Aspekten geprägt, mit hin von den Kosten der Ausbildung auf der einen Seite und deren Erträgen andererseits. 4) Das Nachfrageverhalten von Unternehmen als den Hauptabnehmern der dualen und tertiären Bildungsabsolventen ist ganz elementar vom Bedürfnis nach bestmöglichen Qualifikationen, Praxisbezug und Passgenauigkeit geprägt. 5) Der institutionelle Ordnungsrahmen für Bildungswahlentscheidungen lenkt ganz maßgeblich die Bildungsströme, Bundes- und Landesrecht zur Ordnung des Bildungswesens sind in einer steten Veränderung begriffen. Einige dieser Punkte sollen im Folgenden kurz dargelegt werden:

Bildungsbeteiligung, Bildungsergebnisse und Fachkräfteversorgung

Seit dem Jahr 2000 erlebt Deutschland eine starke Akademisierung. Die Studienabsolventenquote hat sich seit dem Jahr 2000 fast verdoppelt (vgl. Abb. 1). Auch das Ausbildungsstellenangebot ist gemessen an der Bevölkerung im Alter zwischen 16 und 20 Jahren in den letzten Jahren leicht gestiegen. Die Zunahme ist dabei jedoch deutlich geringer als bei den Hochschulabsolventen. Ein Teil der Absolventen wechselt nach der Ausbildung in ein Studium, so dass ein leicht steigendes Ausbildungsstellenangebot kein Indiz für einen höheren Anteil an Absolventen sein muss.

Entscheidend für die volkswirtschaftliche und bildungspolitische Bedeutung dieses Akademisierungstrends ist, welche Arbeitsergebnisse damit verbunden sind. Diese lassen sich üblicherweise durch die Lohnentwicklung und durch Engpasskenn-

Abb. 1
Anteil der Hochschulabsolventen an der altersspezifischen Bevölkerung

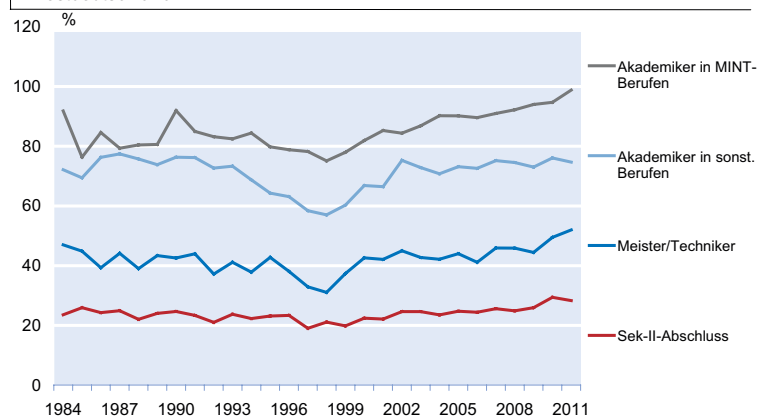


Quelle: Statistisches Bundesamt (2012).

ziffern wie die Zahl an Arbeitslosen und offenen Stellen beschreiben.

Zur Entwicklung der Lohnprämien zwischen 1984 und 2011 werden für jedes einzelne Jahr die jeweiligen Lohnprämien auf Basis einer Mincer-Gleichung berechnet (vgl. Anger et al. 2010, S. 25). Bis zum Ende der 1990er Jahre sind die Lohnprämien leicht gesunken und ab diesem Zeitpunkt tendenziell wieder angestiegen (vgl. Abb. 2). Während der Abstand der Lohnprämie zwischen Personen mit einem Abschluss der beruflichen Bildung und einem akademischen Abschluss mit einer Tätigkeit außerhalb des MINT-Berufes über den betrachteten Zeitraum nahezu konstant geblieben ist, ist seit dem Jahr 2002 der Lohnabstand zwischen Akademikern in MINT-Berufen und Akademikern in sonstigen Berufen gestiegen. Im Jahr 2011 hat dieser Abstand mit über 24 Prozentpunkten einen Rekordwert erreicht. Die Entwicklung der Lohnprämien deutet darauf hin, dass seit dem Jahr 2000 die Engpässe mit zunehmender Qualifikation gestiegen sind.

Abb. 2
Entwicklung der Stundenlohnprämien nach Qualifikation^{a)}
Westdeutschland



^{a)} Im Vergleich zu Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung.

Quelle: Berechnungen der Autoren auf Basis des SOEP.

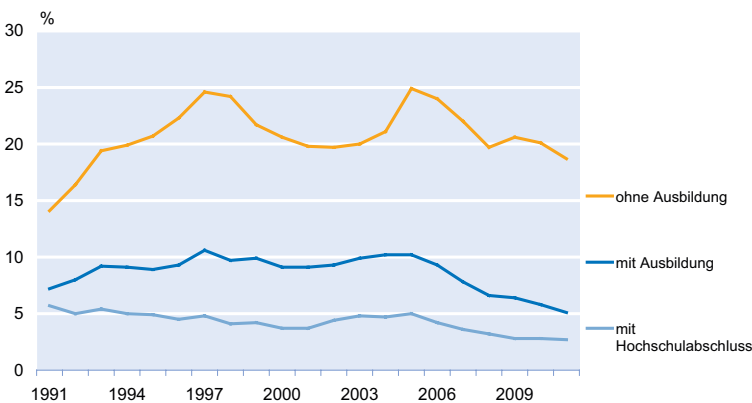
Betrachtet man die **Arbeitslosenquoten** differenziert nach Qualifikation, ergibt sich ein ähnliches Bild. Abbildung 3 zeigt, dass in den letzten Jahren mit steigender formaler Qualifikation das Arbeitslosigkeitsrisiko deutlich abnimmt. Die in den letzten Jahren stark steigenden Hochschulabsolventenzahlen haben dabei zu keiner Zunahme der Arbeitslosenquoten von Personen mit Hochschulabschluss geführt. Im Jahr 2011 beträgt diese hingegen sogar nur 2,4% und liegt damit auf einem Rekordtiefstand seit der Wiedervereinigung.

Engpässe auf Ebene der Berufe lassen sich mithilfe einer Engpassanalyse ermitteln. Ein Engpass liegt rein rechnerisch dann vor, wenn die offenen Stellen in einem Beruf nicht mit den Arbeitslosen desselben Berufes besetzt werden könnten. Da der Bundesagentur für Arbeit nur etwa jede zweite Stelle gemeldet wird (vgl. IAB 2013), werden alle Berufe, in denen das Verhältnis aus Arbeitslosen je offene Stelle kleiner als oder gleich zwei ist, als Engpassberufe bezeichnet (zur Methodik vgl. Demary und Seyda 2013).

Im Juni 2013 gab es in 119 Berufsgattungen Engpässe (vgl. Tab. 1). Eine Berufsgattung umfasst eine Gruppe ähnlicher Einzelberufe. So zählen beispielsweise Altenpfleger zur Berufsgattung »Altenpflege (ohne Spezialisierung) – Fachkraft«. Zu dieser Gattung gehören auch die Berufe Seniorenbetreuer und Altenpflegeassistenten. Eine Betrachtung der Engpassberufe nach Qualifikationsniveaus zeigt, dass bei den Berufen, die eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzen, fast ein Viertel aller Berufsgattungen von Engpässen betroffen sind. Bei Personen mit Fortbildungsabschluss (Spezialisten) sind es knapp 20%. Berufsgattungen, in denen üblicherweise Akademiker tätig sind, waren dagegen nur zu rund 16% von Engpässen betroffen.

Die Arbeitssignale steigender Lohnprämien und einer konstant niedrigen Arbeitslosenquote haben in hohem Maße zu einer Akademisierung geführt. Bleiben die Qualifikationsstrukturen in den kommenden Jahren konstant, so wird

Abb. 3
Arbeitslosenquote nach Qualifikation
Gesamtdeutschland



Quelle: Weber und Weber (2013).

diese Verschiebung zu Auswirkungen auf die Engpässe am Arbeitsmarkt führen. Anger et al. (2013) schätzen, dass im Bereich MINT die Engpässe bis zum Jahr 2020 im akademischen Bereich beherrschbar sind, während bei den beruflich qualifizierten Kräften deutlich Engpässe auftreten werden. Einem Szenario zufolge wird bis zum Jahr 2020 nur 63% des demographischen Ersatzbedarfs gedeckt werden können. Infolgedessen wird die Erwerbstätigkeit von beruflich qualifizierten MINT-Fachkräften sinken müssen, während das steigende Akademikerangebot ergänzt um Maßnahmen der Fachkräftesicherung eine Expansion der Erwerbstätigkeit von MINT-Akademikern von 2,4 auf 2,8 Mill. Personen ermöglicht.

Andere Untersuchungen zeigen ähnliche Entwicklungen. Die Arbeitsmarktprognose des BMAS (2013) zeigt, dass aufgrund der Entwicklung auf der Angebotsseite im Zeitraum von 2010 bis 2030 die Erwerbstätigkeit von Personen mit beruflichem Abschluss deutlich sinken wird, während die Zahl erwerbstätiger Akademiker steigen wird. Ein ähnliches Bild zeigen Untersuchungen von Helmrich et al. (2012). Demographie bedingt werden im Zeitraum zwischen 2010 und 2030 rund 19 Mill. Erwerbspersonen den Arbeitsmarkt verlassen, während im gleichen Zeitraum lediglich rund 15,5 Mill. erwerbsfähige Personen neu auf den Arbeitsmarkt kommen. Während aus der mittleren Qualifikationsebene 11,5 Mill. Erwerbspersonen

Tab. 1
Engpassindikatoren nach Qualifikationsniveau
Stand: Juni 2013

	Anzahl der Berufsgattungen mit mindestens 100 Arbeitslosen	Anzahl der Engpassberufe in diesen Gattungen	Anzahl der Engpassberufe an allen Berufsgattungen mit mindestens 100 Arbeitslosen, in Prozent
Beruflich Qualifizierte	266	65	24,4
Spezialisten	144	28	19,4
Akademiker	167	26	15,6
Summe	577	119	20,6

Quelle: Demary und Seyda (2013); Sonderauswertung der Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen der Autoren.

sonen aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden und nur rund 7 Mill. neu hinzukommen, verzeichnet der akademische Bereich einen größeren Zulauf (4,9 Mill.) als Abgang (3,2 Mill.).

Komplementarität von beruflicher und akademischer Bildung als Basis des »Geschäftsmodells Deutschland«

Das Angebot an qualifizierten Fachkräften beeinflusst maßgeblich die Wachstumschancen einer Volkswirtschaft. Duale und tertiäre Bildung als die beiden wichtigsten Säulen des deutschen Qualifizierungssystems sind in dynamischer Betrachtung daher nicht unabhängig voneinander. Letztendlich führt ein Rückgang des Humankapitals aus Sicht der Wachstumstheorie zu Wohlstandsverlusten. Insbesondere das industriebasierte Geschäftsmodell Deutschlands ist stärker als andere Volkswirtschaften abhängig von der Qualität und Verfügbarkeit von Arbeitskräften mit sog. MINT-Qualifikationen. Bei einer Produktion entlang der technologischen Grenze und für ein Geschäftsmodell mit einer starken Exportorientierung und komparativen Vorteilen in den Branchen der hochwertigen Technologien ist das technische Know-how der hochqualifizierten Fachkräfte im MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) die zentrale Basis. Die Verfügbarkeit von innovationsrelevanten Fachkräften mit einem MINT-Schwerpunkt ist in den Hochtechnologiebranchen technische/FuE-Dienstleistungen, EDV/Telekommunikation, Elektroindustrie, Fahrzeugbau, Maschinenbau und Chemie/Pharma von besonderer Bedeutung.

Die berufliche Bildung ist diesbezüglich ein zentraler Erfolgsfaktor. Industrie-Innovatoren ohne eigene FuE – immerhin etwa 40% aller Industrie-Innovatoren in Deutschland – schätzen zusätzlich zur Verfügbarkeit von MINT-Qualifikationen und der Verfügbarkeit von Akademikern auch die Bedeutung beruflich qualifizierter Fachkräfte für die Innovationskraft als besonders hoch ein. Beruflich qualifizierte Fachkräfte sind für diesen Innovationstyp und im Durchschnitt aller innovierenden Unternehmen sogar der wichtigste Innovationsfaktor (vgl. Erdmann, Koppel und Plünnecke 2012). Der technologische Wandel, kürzere Innovationszyklen und die zunehmende Internationalisierung fördern den Trend zur Höherqualifizierung und zur Akademisierung der Arbeitswelt. Die bisherigen Erfahrungen in Deutschland zeigen, dass sich gerade die Interaktion von beruflich qualifizierten Kräften, von Meistern und Technikern sowie von akademischen Wissensträgern als Erfolgsmerkmal der deutschen Volkswirtschaft erweist.

Institutionelle Veränderungen des Bildungssystems

Dem Ausbau der Komplementarität zwischen dualer und tertiärer Bildung kommt daher höchste bildungspolitische

Priorität zu. Es gibt Indizien dafür, dass die behauptete »Versäulung« des deutschen Bildungssystems (vgl. HRK 2012) – wenn sie denn jemals in dieser Form so bestanden haben sollte – sich zumindest aufzulösen beginnt. Dahinter steht eine ganze Reihe institutioneller Veränderungen mit dem Ziel, die vielbeschworene »Durchlässigkeit« des deutschen Bildungssystems zu erhöhen, in deren Zuge es bereits erhebliche Verbesserungen beim Ziel der Höherqualifizierung gegeben hat. So erwerben zum Beispiel heute deutlich mehr junge Menschen eine Studienberechtigung an beruflichen Schulen als früher, denn gemessen an der Jahrganggröße der 18- bis 21-jährigen Bevölkerung nahm die Studienberechtigtenquote an beruflichen Schulen von 11,3% im Jahr 2000 auf 21,0% im Jahr 2011 deutlich zu. Vor allem gelingt es beruflichen Gymnasien besonders gut, Schüler mit weniger sozial begünstigtem Hintergrund zur Hochschulreife zu führen (vgl. Trautwein und Maaz 2010).

Neue und bewährte Formen der Durchlässigkeit zwischen dualer und tertiärer Bildung bieten erstens duale Studiengänge, zweitens die Öffnung der Hochschulen für beruflich Qualifizierte und drittens die Aufstiegsfortbildung. Mit den Berufsakademien in Baden-Württemberg begann die Entwicklung eines Prototyps dessen, was heute als Erfolgsmodell für die Ausdifferenzierung der beruflichen Qualifizierung und der Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung steht. **Duale Studiengänge** sind ein stark expansives Modell einer passgenauen Qualifizierung. Ihre Zahl hat sich im Jahr 2012 auf rund 64.000 duale Studienplätze für die Erstausbildung erhöht, etwa 7,5% mehr als im Vorjahr. Die Zahl der Kooperationen zur Durchführung dualer Studiengänge zwischen (Fach-)Hochschulen beziehungsweise Berufsakademien und Betrieben wuchs sogar um mehr als 10% von 44 auf 50 pro Studiengang (vgl. BMBF und BIBB 2013). Duale Studienangebote gibt es dabei sowohl in Phasen der Erstausbildung wie der Weiterbildung (vgl. Wissenschaftsrat 2013). Insbesondere die berufsintegrierenden wie auch die praxisintegrierenden Formen erfreuen sich einer großen Beliebtheit und genießen eine hohe Akzeptanz bei den Unternehmen. Sie sind ein Prototyp für die Entstehung eines neuen Übergangssystems zwischen beruflicher und akademischer Qualifizierung, die neue Angebots- und Nachfrageformen im betrieblichen Qualifizierungsmarkt beschreibt.

Seit dem KMK-Beschluss von 2002 können sich **beruflich Qualifizierte** ihre Leistungen aus der Berufs- und Aufstiegsfortbildung auf ein **Hochschulstudium** anrechnen lassen, seit 2009 gelten überdies Abschlüsse der beruflichen Aufstiegsfortbildungen als allgemeine Hochschulreife. Bewerber mit abgeschlossener Lehre und Berufspraxis können die fachgebundene Hochschulreife durch eine Eignungsprüfung erhalten. Bisher ist aber die Praxis der Anrechnung beruflicher Leistungen bundesweit noch sehr uneinheitlich geregelt. Die mit der Bologna-Reform geschaffene Möglichkeit

eines flexiblen Wechsels zwischen akademischem Lernen und Berufstätigkeit wird unter anderem deswegen noch vergleichsweise wenig genutzt.

Für die Durchlässigkeit durch wissenschaftliche Weiterbildung liegt hier ein großes Expansionspotenzial, wenn die Hochschulen mehr berufsbegleitende Studienmöglichkeiten anbieten und Arbeitgeber ihre Mitarbeiter häufiger unterstützen. Dies setzt aber auch ein hinreichendes Angebot an Masterstudiengängen voraus, die man neben dem Beruf studieren kann. Gegenwärtig sind erst 18% der rund 7 000 Masterstudiengänge zeitlich flexible Angebote. Dazu zählen Teilzeit- und Fernstudiengänge sowie berufsintegrierende und berufsbegleitende Studiengänge. Noch weniger ausgeprägt ist die berufsbegleitende Organisation der rund 7 500 Bachelorstudiengänge, von denen erst 13% flexibel studierbar sind (vgl. Konegen-Grenier und Winde 2013).

Potenziale liegen schließlich auch in der weiteren Stärkung der **Aufstiegsfortbildung**, gerade im Bereich von Technikern, Fachwirten oder Meistern als wichtigen Abschlüssen, die durch eine Aufstiegsfortbildung erreicht werden können. Um an solch einer Fortbildung teilzunehmen, sind eine abgeschlossene duale Berufsausbildung sowie Berufserfahrung erforderlich. Im vergangenen Jahr haben rund 118 000 Frauen und Männer diesen Weg eingeschlagen, aber im Vergleich zu den rund 530 000 Personen, die jedes Jahr eine Berufsausbildung abschließen, erscheint das Potenzial der Aufstiegsfortbildungen damit noch nicht ausgeschöpft zu sein.

Die Aufstiegsfortbildung ist damit eine Alternative zu einem Hochschulstudium. Weil seit Anfang 2012 berufliche und hochschulische Bildung durch den deutschen Qualifizierungsrahmen (DQR) miteinander vergleichbar sind, hat ein Meister-Abschluss zumindest formell den gleichen Wert wie ein Bachelor, ein Abschluss der dritten Stufe ist gleichwertig mit einem Master. Diese Vergleichbarkeit gilt allerdings bisher erst auf dem Papier, denn der DQR hat bislang noch keine Auswirkungen auf das bestehende System der Zugangsberechtigungen an Hochschulen oder auf die tarifliche Eingruppierung.

Fazit

Die These einer Überakademisierung ist zu verwerfen. Alle einschlägigen Kennziffern für die Akzeptanz von Abschlüssen deuten auf eine große Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes für alle Fachkräfte hin. Stattdessen sollte sich die Bildungspolitik daran messen lassen, welche Priorität sie der Herstellung von Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung gibt. Der Koalitionsvertrag macht diesbezüglich wenig Mut, weil er nicht über die allgemeine Absichtserklärung hinausgeht, die »Durch-

lässigkeit des Bildungssystems zu stärken und die akademische und berufliche Bildung zu verzahnen« (Koalitionsvertrag 2013, S. 28).

Die Handlungsfelder für mehr Durchlässigkeit und Komplementarität beginnen nicht erst an der Hochschule, sondern bereits früh in der Bildungsbiographie. Grundbildung und Ausbildungsreife von Schulabsolventen sind durch frühkindliche Bildung, Berufsorientierung und MINT-Förderung zu stärken. Zur Stärkung der dualen Ausbildung bedarf es der Qualitätssicherung in den Betrieben, guter Rahmenbedingungen in Form starker Berufsschulen als Partner der Betriebe und neuer Angebote an Personengruppen, denen bisher der Zugang zu einer beruflichen Bildung schwer fällt, um die noch zu hohe Zahl von Menschen ohne jeglichen Berufsabschluss zu reduzieren.

Die Übergangsquoten von deutlich über 50% bei den gestuften Studienabschlüssen sind sehr hoch, denn Bachelor-Abschlüsse sind sowohl international wie auch in der Akzeptanz durch die Betriebe deutlich mehr als nur als eine Durchgangsoption zu einem Master. Die Anreizverzerrung, wonach beim konsekutiven Master keine Studienbeiträge anfallen, bei einem späteren Masterstudium aber ein eigener Finanzierungsbeitrag zu erbringen ist, muss beseitigt werden. Die Anrechnung beruflicher Kompetenzen ist rasch auf eine einheitliche Grundlage zu stellen. Auch die umgekehrte Richtung der Anrechnung von an Hochschulen erworbenen Lernleistungen auf eine berufliche Ausbildung ist noch zu wenig entwickelt, um die große Zahl an Studienabbrechern besser als bisher für eine berufliche Bildung erschließen zu können.

Literatur

Anger, Chr., O. Koppel und A. Plünnecke (2013), *MINT-Herbstreport 2013 – Erfolge bei Akademisierung sichern, Herausforderungen bei beruflicher Bildung annehmen*, Gutachten für BDA, BDI, MINT Zukunft schaffen und Gesamtmetall, Berlin.

Anger, Chr. und A. Plünnecke (2009), »Signalisiert die Akademikerrücke eine Lücke bei den Hochqualifizierten? – Deutschland und die USA im Vergleich«, *IW-Trends* 36(3), 19–31.

Anger, Chr., A. Plünnecke und J. Schmidt (2010), »Bildungsrenditen in Deutschland – Einflussfaktoren, politische Optionen und volkswirtschaftliche Effekte«, *IW-Analysen* Nr. 65, Köln.

BMAS – Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2013), *Arbeitsmarktprognose 2030. Eine strategische Vorausschau auf die Entwicklung von Angebot und Nachfrage in Deutschland*, Bonn.

Bundesministerium für Bildung und Forschung/Bundesinstitut für Berufsbildung (2013), *AusbildungPlus in Zahlen. Trends und Analysen, Jahresbericht 2012*, Bonn.

Bölling, R. (2013), »Wohin der Akademisierungswahn langfristig führt«, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 118, 24. Mai.

Demary, V. und S. Seyda (2013), *Engpassanalyse 2013 – Besondere Betroffenheit in den Berufsfeldern Energie und Elektro sowie Maschinen- und Fahrzeugtechnik*, Gutachten für das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Köln.

Erdmann, V., O. Koppel und A. Plünnecke (2012), *Innovationsmonitor, Die Innovationskraft Deutschlands im internationalen Vergleich*, IW-Analysen Nr. 79, Köln.

Helmrich, R., G. Zika, M. Kalinowski und M.I. Wolter (2012), *Engpässe auf dem Arbeitsmarkt: Geändertes Bildungs- und Erwerbsverhalten mildert Fachkräftemangel*, BIBB REPORT 18/12, Bonn.

Hirsch-Kreinsen, H. (2013), *Wie viel akademische Bildung brauchen wir zukünftig? Ein Beitrag zur Akademisierungsdebatte*, Konrad-Adenauer-Stiftung, Analysen und Argumente, Ausgabe 136, Berlin.

Hochschulrektorenkonferenz (2012), *Chancen erkennen – Vielfalt gestalten. Konzepte und gute Praxis für Diversität und Durchlässigkeit*, Abschlussdokumentation des Projekts nexus, Konzepte für gute Praxis für Studium und Lehre, Berlin.

IAB – Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (2013), Anhang zur IAB-Presseinformation vom 5. März 2013, Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Stellenangebots im vierten Quartal 2012, Nürnberg.

Konegen-Grenier, Chr. und M. Winde (2013), *Bildungsinvestitionen der Wirtschaft 2012, Ausgaben der Unternehmen für Studierende und Hochschulen*, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft/Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Berlin, Köln.

Nida-Rümelin, J. (2013), »Wir sollten den Akademisierungswahn stoppen«, Interview, *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, Nr. 35, 1. September.

OECD (2013), *Postsekundäre Berufsbildung in Deutschland*, OECD-Studie zur Berufsbildung, OECD, Paris.

Trautwein, U. und K. Maaz (2010), *Der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Gymnasialbesuch in Baden-Württemberg*, Expertise im Auftrag des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport in Baden-Württemberg, Tübingen.

Statistisches Bundesamt (2012), *Nichtmonetäre hochschulstatistische Kennzahlen*, Fachserie 11 Reihe 4.3.1, Wiesbaden.

Weber, B. und E. Weber (2013), »Qualifikation und Arbeitsmarkt: Bildung ist der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit«, *IAB-Kurzbericht 4*, Nürnberg.

Wissenschaftsrat (2013), *Empfehlungen zur Entwicklung des dualen Studiums*, Positionspapier, Köln.



Joachim Möller*

Bisher keine Anzeichen einer Überakademisierung

In Deutschland entfachte sich jüngst eine kontroverse Debatte über das Ausmaß der Akademisierung. »Akademisierungswahn« lautet das Stichwort auf der einen Seite. Demnach entschieden sich zu viele junge Leute für ein Fachhochschul- oder Universitätsstudium und zu wenige für eine duale Ausbildung. Diese Entwicklung gehe am zu erwartenden zukünftigen Bedarf an Hochqualifizierten vorbei und führe zu einem Ausbluten der dualen Berufsausbildung. Konträr dazu wird auf der anderen Seite auf eine im internationalen Vergleich zu niedrige Investition im Bereich der tertiären Bildung verwiesen. Damit sei Deutschland für den sich immer stärker abzeichnenden Übergang in eine Wissensgesellschaft schlecht gerüstet und drohe den Anschluss zu verlieren.

Zunächst einmal sind die Argumente und Befürchtungen beider Seiten ernst zu nehmen. Das duale Berufsbildungssystem gilt international als vorbildlich und wird als eine der Ursachen für die Stärke der deutschen Wirtschaft im internationalen Wettbewerb angeführt. Dieses System benötigt einen ausreichenden Zustrom von talentierten und motivierten Jugendlichen. Dieser könnte jedoch aufgrund mehrerer Faktoren gefährdet sein. Erstens drängen aufgrund der demographischen Entwicklung weniger Schulabgänger auf den Arbeitsmarkt, eine Entwicklung, die heute bereits in Ostdeutschland massiv spürbar ist. Zweitens könnte die Zahl der Bewerber für Ausbildungsplätze auch dadurch zurückgehen, dass viele infrage kommende Jugendliche eine Hochschulzugangsberechtigung erwerben und ein Studium der dualen Ausbildung vorziehen. Und drittens wird die Qualität der Ausbildung auf Haupt- und Realschulen beklagt, die den Absolventinnen und Absolventen zu wenige Kompetenzen vermitteln.

Wenn dem so ist, stellt sich die Frage, wie auch zukünftig der Bedarf der Wirtschaft an ausreichend Nachwuchs gut

* Prof. Dr. Dr. h.c. Joachim Möller ist Direktor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg, und ist Inhaber des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre an der Universität Regensburg.

ausgebildeter Facharbeiterinnen und Facharbeitern gedeckt werden kann. Unterstellt, dass wir zu viele Akademiker ausbilden, böten sich scheinbar einfache Lösungen an. So könnte etwa der Zugang zu Hochschulen und Universitäten stärker beschränkt oder die Aufnahme eines Studiums unattraktiver gemacht werden – eine Maßnahme, die allerdings einer rigorosen Kehrtwende in der bisherigen Bildungspolitik gleichkäme. Ein »sanfteres« Mittel wäre, die Aufnahme einer dualen Ausbildung unter Abiturienten stärker zu bewerben.

Stimmt aber die Behauptung, dass wir auf eine Überakademisierung zusteuern? Langfristige Berufsfeldprojektionen zeigen, dass sowohl bei den mittleren Qualifikationen als auch bei den Hochqualifizierten langfristig Engpässe drohen (vgl. Hänisch et al. 2012). Die auf dem Task-Ansatz (vgl. z.B. Autor 2013) beruhenden Einschätzungen gehen hingegen davon aus, dass zukünftig die mittleren Qualifikationsgruppen mit ihrer starken Konzentration auf kognitiven Routinetätigkeiten zunehmend unter Druck stehen werden.

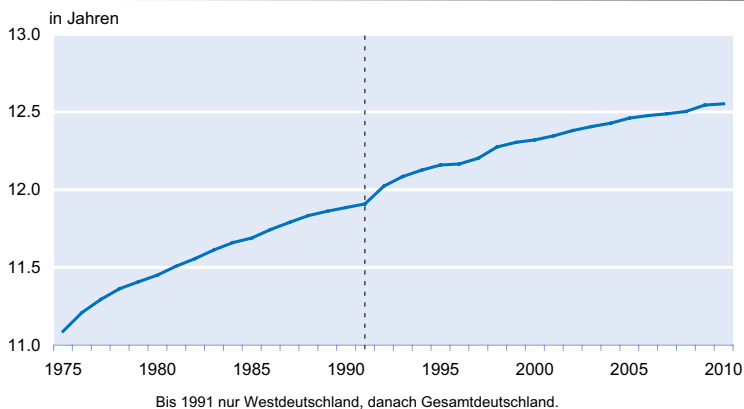
Solche Projektionen von Veränderungen in der fernerer Zukunft hängen allerdings von einer Vielzahl von Annahmen ab und sind deshalb mit hoher Unsicherheit behaftet. Im Folgenden soll daher der Frage nachgegangen werden, welche Indizien sich aus der empirischen Arbeitsmarktanalyse für die Situation der unterschiedlichen Qualifikationsgruppen ergeben. Hinweise auf eine beginnende »Überakademisierung« lassen sich durch die Fakten nicht belegen. Zudem erscheint auch das scheinbare Konkurrenzverhältnis von dualer Ausbildung und Hochschulstudium in einem anderen Licht.

Beschäftigungstrends nach Qualifikation

Zunächst ist festzuhalten, dass der Trend zur Höherqualifizierung der Beschäftigten in Deutschland ungebrochen ist. Für die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zeigt Abbildung 1 die durchschnittlichen Ausbildungszeiten in Jahren.¹ Die durchschnittliche Ausbildungszeit der Ar-

¹ Hierbei wurde folgende Ausbildungszeiten unterstellt: Geringqualifizierte: neun Jahre, Haupt- und Realschule mit abgeschlossener Berufsausbildung: zwölf Jahre; nur Abitur: 13 Jahre, Abitur und betriebliche Ausbildung 15 Jahre, Abschluss einer Fachhochschule: 16 Jahre, Universitätsabschluss: 18 Jahre. Die Berechnungen beziehen sich auf den Stichtag 30. Juni eines jeden Jahres.

Abb. 1
Durchschnittliche Ausbildungsdauer der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland



Quelle: Berechnungen des Autors auf der Grundlage von SIAB- Daten (vgl. Vom Berge et al. 2013).

beitnehmerinnen und Arbeitnehmer hat sich zwischen Mitte der 1970er Jahre bis zum aktuellen Rand um rund 1,5 Jahre oder etwas mehr als 13% stetig erhöht.

Tabelle 1 enthält die Anteile der einzelnen Qualifikationsgruppen an der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung für die Jahre 1995 und 2010. Es wird deutlich, dass die Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung und ohne Abitur die mit Abstand dominierende Gruppe sind. Diese Gruppe ist allerdings in der Altersgruppe zwischen 30 und 40 Jahren im Zeitraum von 1995 bis 2010 um etwa 8 Prozentpunkte kleiner geworden. Dieser Rückgang relativiert sich, wenn man den starken Aufwuchs (+6,4%) in der Gruppe junger Erwachsener betrachtet, die ein Abitur mit einer betrieblichen Berufsausbildung verbindet. Bemerkenswert ist zudem, dass die Anteilsgewinne bei den Hochqualifizierten fast genau den Anteilsverlusten bei den Geringqualifizierten entsprechen. Dies zeigt, dass die Anteilsgewinne der Hochqualifizierten nicht zwingend zu Lasten der Anteile der dualen Ausbildung gehen müssen. Die Rekrutierungspotenziale haben sich nur verschoben.

Tab. 1
Anteile der Qualifikationsgruppen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 1995 und 2010 (in Prozent)

	alle Altersgruppen			nur Alter 30–40		
	1995	2010	Diff.	1995	2010	Diff.
Gering qualifiziert	13,6	9,5	- 4,0	11,0	8,1	- 2,8
Abgeschl. betriebliche Ausbildung	73,4	70,0	- 3,4	72,7	64,5	- 8,1
Nur Abitur	0,6	1,6	1,0	0,7	2,7	2,0
Abitur und abgeschl. betriebliche Ausbildung	3,9	7,5	3,6	5,0	11,4	6,4
Fachhochschule	3,5	4,3	0,8	4,0	4,7	0,8
Universität	5,0	7,1	2,1	6,7	8,5	1,8

Quelle: Berechnungen des Autors auf Basis von SIAB, vgl. Vom Berge et al. (2013).

Abbildung 2 zeigt den Anteil der Fachhochschul- und Universitätsabsolventen an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Lebensalter in Westdeutschland für die Jahre 1995 und 2010. In allen Altersgruppen zwischen 25 und 60 Jahren liegt der aktuelle Anteil der Hochqualifizierten über dem im Jahr 1995. Die Kurven steigen zwischen dem 25sten und 30sten Lebensjahr steil an und erreichen zwischen dem 30sten und 35sten Lebensjahr ihr Maximum. Danach fallen beide Kurven ab, was dem relativ niedrigeren Ausbildungsstand der älteren Kohorten entspricht. Erst ab Mitte bis Ende des sechsten Lebensjahrzehnts nehmen die Anteile der Hochqualifizierten wieder zu. Dahinter verbirgt sich die Tatsache, dass die Erwerbsquoten der Hochqualifizierten in höherem Alter deutlich über denen der Mittel- und Geringqualifizierten liegen.

Festzustellen ist, dass der Trend zur Höherqualifizierung alle Bereiche der Wirtschaft erfasst. Dabei sind grundsätzlich zwei Deutungsmuster möglich: (i) die Anforderungen zur Erledigung einer bestimmten Aufgabe sind gestiegen; (ii) die gleichen Aufgaben werden heute von höher qualifizierten

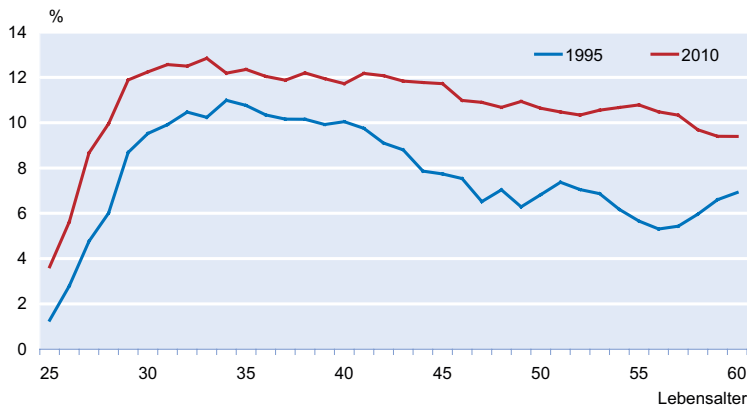
Personen erledigt. Letzteres könnte auf Überqualifikation hindeuten, d.h. Personen mit höherer Ausbildung sind heute in Positionen tätig, die früher nur eine geringere Ausbildung erfordert haben. Angesichts der Tatsache, dass Höherqualifizierte für den Betrieb spürbar teurer sind, erscheint das zweite Deutungsmuster jedoch wenig plausibel.

Die Arbeitslosigkeit nach Qualifikation

Die einzelnen Qualifikationsgruppen unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Arbeitsmarktpersonanz sehr deutlich. Zunächst seien die Arbeitslosenquoten betrachtet. Abbildung 3 zeigt ein klares Bild: Je niedriger die Qualifikation, desto höher ist die Arbeitslosenquote der entsprechenden Gruppe. Mit aktuell fast 20% weisen die Geringqualifizierten die mit Abstand höchste Arbeitslosigkeit auf. Bei Fachhochschul- und Universitätsabsolventen herrscht hingegen mit Arbeitslosenquoten um 3% quasi Vollbeschäftigung. Personen mit abgeschlossener betrieblicher Berufsausbildung liegen bei der Arbeitslosigkeit im Mittelfeld. Indizien für ein hohes Überangebot von akademisch ausgebildeten Arbeitskräften lassen sich somit aus der Arbeitslosenstatistik keineswegs ableiten.

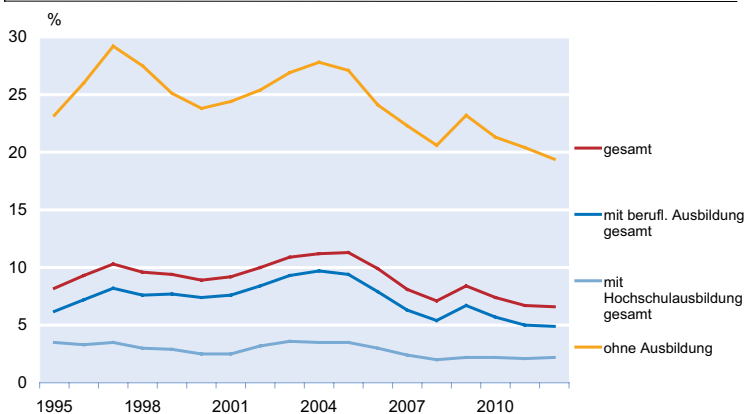
Ein etwas verändertes Bild ergibt sich, wenn in der Gruppe der Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung nochmals differenziert wird. Abbildung 4 zeigt die Erwerbslosenquoten nach ILO-Definition für die Hochqualifizierten sowie für Personen mit Fachschul-, Meister- oder Techniker Ausbildung an.² Es wird deutlich, dass letztere ähnlich selten arbeitslos sind wie Hochqualifizierte. Wer innerhalb des Systems der dualen Ausbildung die vorhandenen Möglichkeiten der Weiterqualifikation nutzt, ist damit im Mittel bei der Arbeitslosigkeit zumindest gleichgestellt mit Fachhochschul- oder Universitätsabsolventen.

Abb. 2
Anteil der Hochqualifizierten an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Lebensaltern (Westdeutschland)



Quelle: Berechnungen des Autors auf der Grundlage von SIAB- Daten, Stichtag jeweils 30. Juni.

Abb. 3
Arbeitslosenquoten nach Qualifikation 1995–2012



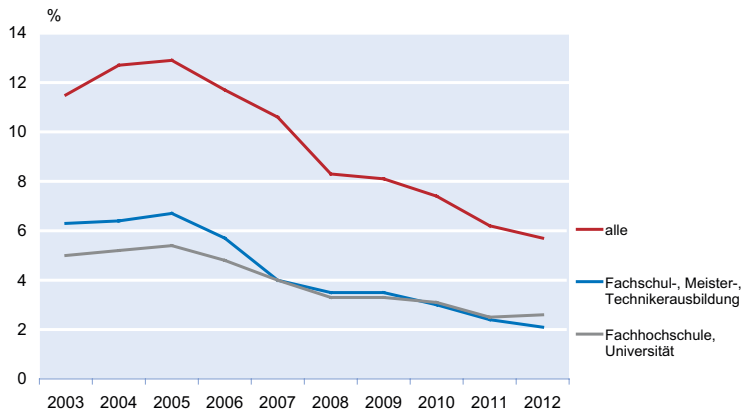
Quelle: IAB, Weber (2013).

Qualifikatorische Lohnunterschiede

Weiteren Aufschluss gibt die Untersuchung der Lohnunterschiede zwischen den Qualifikationsgruppen. Hierbei wird der Fokus auf eine spezielle Gruppe gesetzt, die in Vollzeit sozialversicherungspflichtig beschäftigten

² Leider können die Arbeitslosenquoten von Personen mit Meister- oder Techniker Ausbildung oder mit Abschluss einer Fach- oder Berufsakademie aufgrund von Problemen der Datenverfügbarkeit nicht berechnet werden. Behelfsweise werden deshalb hier die Erwerbslosenquoten nach ILO-Definition herangezogen.

Abb. 4
Erwerbslosenquoten von Höher- und Hochqualifizierten



Quelle: IAB, Weber.

Männer in Westdeutschland.³ Um Effekte durch unterschiedliche (potenzielle) Berufserfahrung auszugleichen, wird hier nur die Altersgruppe der 40-Jährigen betrachtet.

Abbildung 5 zeigt die prozentualen Lohnaufschläge, die qualifizierte Arbeitnehmer gegenüber Geringqualifizierten erhalten. Diese Lohnaufschläge wachsen mit der Höhe der Qualifikation. Am aktuellen Rand errechnet sich für Universitätsabsolventen im Alter von 40 Jahren aus einer ökonomischen Schätzung⁴ ein Aufschlag von etwa 160%, d.h. deren Verdienste entsprechen im Mittel etwa dem 2,6-fachen dessen, was Personen gleichen Alters ohne höheren Schulabschluss und ohne abgeschlossene Berufsausbildung erhalten. Die Graphik verdeutlicht, dass die qualifikatorischen Lohnaufschläge im Zeitverlauf erheblich angestiegen sind. Dabei hat sich die Spreizung seit Mitte der 1990er Jahre stark ausgeweitet. Dies impliziert, dass sich auch die relativen Verdienstunterschiede zwischen Absolventen der dualen Ausbildungsgänge und den Hochqualifizierten vergrößert haben. Lagen die Aufschläge der hier betrachteten Hochqualifizierten Mitte der 1990er Jahre noch bei etwa 75%, so überschreiten sie am aktuellen Rand 100%. Mit anderen Worten: Die relative Verdienstposition der Hochqualifizierten gegenüber Facharbeitern hat sich im Beobachtungszeitraum nochmals erheblich verbessert.

³ Aufgrund der hohen Teilzeitquote von Frauen könnten Ergebnisse, die weibliche Beschäftigte einschließen, verfälscht sein. Arbeitnehmerinnen wurden deshalb aus der Untersuchung ausgeschlossen. Ostdeutschland wurde nicht berücksichtigt, weil hier ein langfristiger Vergleich angestellt wird und Daten vor 1991 für Ostdeutschland nicht vorliegen.

⁴ Basis ist die Schätzung einer logarithmischen Lohnfunktion unter Berücksichtigung der Rechtszensurierung der Verdienste im SIAB-Datensatz. Als erklärende Variablen wurden neben einer Konstante und Dummy-Variablen für sechs Qualifikationsgruppen das einfache und quadrierte Alter sowie alle Interaktionen zwischen den erklärenden Variablen berücksichtigt.

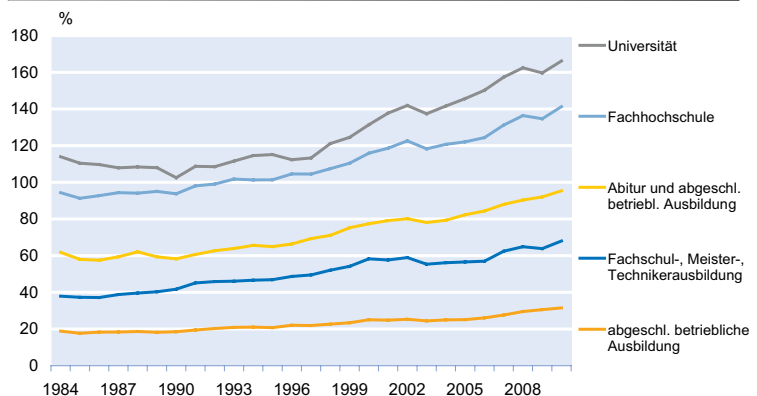
Fazit

Es gibt keine Anhaltspunkte dafür, dass sich die Arbeitsmarktsituation der Hochqualifizierten verschlechtert hat. Im Gegenteil, mit zunehmender Qualifikation steigt der durchschnittliche Verdienst, während die Arbeitslosenquote sinkt. Mehr noch, die qualifikatorischen Verdienstunterschiede zwischen Personen mit höherer und solchen mit geringerer Qualifikation haben sich seit Mitte der 1990er Jahre noch weiter auseinanderentwickelt. Gleiches gilt auch zwischen den Verdiensten von Facharbeitern auf der einen und Fachhochschul- und Universitätsabsolventen auf der anderen Seite. Dies ist der Fall, obwohl das Angebot an jungen Leuten mit Hochschulausbildung wesentlich gestiegen ist.

Steigende Relativverdienste bei gleichzeitiger Ausweitung des Angebots lassen nur ein Deutungsmuster zu: Die Nachfrage der Wirtschaft nach Hochqualifizierten muss im Verhältnis zu der Nachfrage nach anderen Qualifikationen angestiegen sein. Die wachsenden qualifikatorischen Lohn-differenziale zeigen somit an, dass von einer Akademikerschwemme bisher keine Rede sein kann. Offenbar hat die Nachfrage von Wirtschaft und Staat nach Hochqualifizierten mit der Ausweitung des Angebots zumindest Schritt gehalten. Von daher wäre eine Einschränkung des Zugangs zu den Hochschulen und Universitäten in keiner Weise zu rechtfertigen.

Die Entwicklung in der Vergangenheit hat im Übrigen auch gezeigt, dass der Aufwuchs des Anteils der Hochqualifizierten nicht zwingend zulasten des Anteils der Personen gehen muss, die sich für eine duale Berufsausbildung entscheiden. Da sich heute mehr Abiturienten als früher für eine Berufsausbildung anstelle eines Studiums entscheiden, hat die Gruppe der Absolventinnen und Absolventen einer betrieb-

Abb. 5
Qualifikationsprämien gegenüber Geringqualifizierten^{a)}



^{a)} Nur sozialversicherungspflichtige vollzeitbeschäftigte Männer in Westdeutschland im Alter von 40 Jahren. Quelle: Berechnungen des Autors auf Basis von SIAB-Daten.

lichen Ausbildung kaum Anteile eingebüßt. Es ist also falsch, die duale Ausbildung und eine Ausbildung an den Hochschulen gegeneinander auszuspielen.

Das bedeutet aber nicht, dass es keinen Handlungsbedarf gibt. Die Potenziale von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die ohne abgeschlossene Ausbildung in den Arbeitsmarkt eintreten, liegen größtenteils noch brach. Personen, die vielleicht eine zweite oder dritte Chance benötigen, können noch für die duale Ausbildung gewonnen werden. Ein weiterer Ansatzpunkt könnte bei der bekanntermaßen nicht geringen Zahl von Studienabbrechern liegen. Hier sollte es zu speziellen Angeboten kommen, die es für diesen Personenkreis attraktiv erscheinen lassen könnte, in anspruchsvolle Ausbildungsgänge des dualen Systems zu wechseln. Dabei wäre allerdings Flexibilität erforderlich, die zum Beispiel in einer angemessenen Verkürzung der Ausbildungsdauer für den relevanten Personenkreis oder auch einer finanziellen Unterstützung für die Dauer der Ausbildung liegen könnte.

Literatur

Autor, D.H. (2013), »The »Task Approach« to Labor Markets: An Overview«, *Journal for Labour Market Research* 46(3), 185–199.

Hänisch, C. al. (2012), »Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen bis 2030: In der Arbeitszeit steckt noch eine Menge Potenzial«, *IAB-Kurzbericht* 18, Nürnberg.

Vom Berge, Ph., M. König und St. Seth (2013), »Stichprobe der Integrierten Arbeitsmarktbiografien (SIAB) 1975–2010 – Version 1«, FDZ-Datenreport 1, Nürnberg.



Wolfram F. Richter*



Kerstin Schneider**

Der verzerrte Blick der OECD auf Bildung

Die OECD mahnt Deutschland, stärker in Bildung zu investieren. Andernfalls verliere das Land den Anschluss an die internationale Entwicklung. Es gebe eine Akademisierungslücke. Zwar gehöre Deutschland zu den Ländern mit dem höchsten Anteil an 25- bis 64-Jährigen, die mindestens einen Abschluss des Sekundarbereichs II erworben haben. In Bezug auf den Anteil der Hochschulabsolventen liege Deutschland dagegen noch immer unter dem OECD-Durchschnitt. Nur 28% der jüngeren Deutschen im Alter von 25–34 Jahren könnten einen Tertiärabschluss vorweisen, während der OECD-Durchschnitt in dieser Altersgruppe 39% betrage (vgl. OECD 2013).

Etwas verwunderlich ist es schon, dass solche deutlichen Empfehlungen auf keinen öffentlich wahrnehmbaren Widerspruch der deutschen Bildungsökonomien stoßen und dass es einem politischen Philosophen überlassen bleibt, dem Gerede von einer Akademisierungslücke mit der Warnung vor einem Akademisierungswahn medial entgegenzutreten (vgl. Interview mit Julian Nida-Rümelin in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vom 1. September 2013). Schließlich würde auch kein Ökonom der deutschen Politik empfehlen, sich etwa die Staatsquoten anderer Länder zum Vorbild zu nehmen. Gesamtwirtschaftliche Quoten mögen ihren deskriptiven Wert haben, für politische Empfehlungen taugen sie aber bekanntlich wenig.

Nun soll es hier nicht darum gehen, die Empfehlungen der OECD in ihr Gegenteil zu verkehren und eine Lanze für das duale System beruflicher Ausbildung zu brechen. Es soll vielmehr darum gehen, die methodischen Schwächen der politischen Schlussfolgerungen aufzudecken, die die OECD meint, aus dem Zahlenwerk »Bildung auf einen Blick« ableiten zu dürfen, und die in der politischen Diskus-

* Prof. Dr. Wolfram F. Richter ist Inhaber des Lehrstuhls VWL, Öffentliche Finanzen, an der Technischen Universität Dortmund.

** Prof. Dr. Kerstin Schneider ist Inhaberin des Lehrstuhls Steuerlehre und Finanzwissenschaft an der Bergischen Universität Wuppertal.

sion in Deutschland einen beachtlichen Stellenwert haben. Dabei stehen Bildungsquoten weniger im Fokus. Selbst Andreas Schleicher betont laut Spiegel Online, dass er Deutschland keine feste Quote empfehle. Er stellt dagegen fest, dass sich ein Hochschulabschluss langfristig für den Einzelnen lohne – auch für den Staat – jedenfalls mehr als beispielsweise eine Ausbildung. Das sei für ihn der entscheidende Wert (zitiert nach Lüpke-Narberhaus 2013). Wenn man die politischen Bildungsempfehlungen der OECD kritisieren will, muss man sich folglich mit dem Mehrwert befassen, den ein Hochschulabschluss individuell und gesellschaftlich verspricht.

Für diesen Mehrwert tertiärer Bildungsinvestitionen bietet die Literatur verschiedene Darstellungen. Man kann die Barwerte der erwarteten Einkommenszuwächse und erwarteten Ausbildungskosten einander gegenüberstellen und vergleichen. Üblicher ist es aber, interne Ertragsraten zu ermitteln. Nach der jüngsten OECD-Statistik erzielen deutsche Männer mit tertiärer Ausbildung eine private interne Ertragsrate von 9,2%. Die vergleichbare Ertragsrate bei Frauen ist mit 6,8% geringer, was indessen nicht weiter erörtert werden soll. Schließlich soll hier weniger die Bedeutung der veröffentlichten Ertragsraten betont werden als vielmehr die Problematik einer Politik, die sich auf solche Schätzungen stützt. Die Schätzwerte sind für andere Länder mit höheren Akademi-kerquoten teilweise gar noch höher. Der Durchschnittswert der privaten internen Ertragsraten liegt laut OECD bei 13%. Die internen Ertragsraten, die die staatliche Seite mit den Bildungsinvestitionen erzielt, bewegen sich auf ähnlich hohem Niveau. Für Deutschland wird die öffentliche interne Ertragsrate tertiärer Bildung bei Männern auf 9,1% geschätzt, im OECD-Durchschnitt auf 11,2%. Die OECD vergleicht diese Ertragsraten mit einem auf 3% veranschlagten Realzins und meint, damit die These von Andreas Schleicher belegen zu können, dass tertiäre Bildung langfristig sowohl für die Studierenden als auch für den Staat eine ertragreiche und sich selbst finanzierende Investition darstellt.

Der gesunde Menschenverstand reagiert mit Skepsis. Der Verdacht drängt sich auf, dass an dieser Argumentation etwas nicht stimmen kann. Die Frage ist nur, wo der Fehler liegt. Wenn Bildungsinvestitionen wirklich so ertragreich sind wie dargestellt, warum studieren dann nicht mehr junge Menschen? Die These, dass die Bildungswilligen – insbesondere bei Entscheidungen von lebenslanger Tragweite – ihren eigenen Vorteil nicht erkennen und eine nicht rational begründbare Wahl treffen, ist für Ökonomen eine wenig befriedigende Erklärung. Heckman et al. (2008) mutmaßen auch eher, dass Individuen bei Bildungsentscheidungen nicht einfach Einkommensüberschüsse maximieren. Diese Erklärung mag nun zwar zutreffen, hat indessen den Nachteil, dass sie offen lässt, in welche Richtung die geschätzten Ertragsraten verzerrt sind. Wenn man unterstellt, dass Bildungsabschlüsse nicht allein wegen finanzieller Vorteile an-

gestrebt werden, müsste man die Schätzungen ja eher nach oben korrigieren. Heckman et al. (2008) führen als möglichen Grund für die Verzerrungen höhere psychische Kosten des Studiums an. Warum sich diese jedoch nicht angemessen im entgangenen Lohn und damit im Leid von Arbeit widerspiegeln, wird nicht weiter erörtert. Implizit wird unterstellt, dass Studieren psychisch belastender ist als Arbeiten, was nicht ohne weiteres einleuchten will. Die öffentliche Meinung tendiert auch zu einer anderen Erklärung. Gemutmaßt wird, dass junge Menschen deswegen nicht öfter studieren, weil ihnen schlicht die nötigen Mittel fehlen, das Studium vorzufinanzieren. Gegen diese Auffassung argumentiert nun wiederum Heckman mit Koautoren, dass das Hindernis für eine stärkere Bildungsbeteiligung weniger in Kreditrestriktionen der Studierwilligen zu suchen ist als vielmehr in familiären Beschränkungen der frühen Kindheit.

Richter und Schneider (2013) vertreten nun die These, dass die von der OECD geschätzten internen Ertragsraten für die Ex-ante-Entscheidungssituation der Studierwilligen nicht wirklich bedeutsam sind. Die entscheidungsrelevanten Ertragsraten werden durch die publizierten vielmehr systematisch überzeichnet, da nicht hinreichend zwischen den Kosten entgangenen Lohns und den Kosten entgangener Freizeit unterschieden wird. Aus datentechnischen Gründen basieren die Schätzungen allein auf den Kosten entgangenen Lohns, während die wahren Opportunitätskosten im Wert entgangener Freizeit liegen. Beide Kostenarten können aber bei strikter Konvexität der Bildungsertragsfunktion nicht gleichgesetzt werden. Für solche Konvexität spricht indessen die Empirie. Im Ergebnis argumentieren Richter und Schneider, dass die entscheidungsrelevanten Ertragsraten überschätzt werden, wenn allein auf die Kosten des entgangenen Lohns und nicht auf die Kosten entgangener Freizeit abgestellt wird. Da diese Differenzierung von zentraler Bedeutung ist, soll sie etwas genauer begründet werden.

Unterstellt wird, dass Bildungswillige allein wegen der besseren Einkommensperspektiven studieren und dabei optimale Entscheidungen treffen. Eine Bildungsdauer E verspreche einen Lohn in Höhe von $W(E)$. Ohne Bildung sei der Lohn derjenige nichtqualifizierter Arbeit W_n . L_n stehe für nicht qualifizierte und L_q für qualifizierte Arbeit. Entsprechend sei $W_n L_n$ nichtqualifiziertes Arbeitseinkommen und $W(E)L_q/\rho$ der durch Diskontierung ermittelte Barwert qualifizierten Arbeitseinkommens. Vereinfachend sei angenommen, dass L_q fest geplant ist, während die optimale Aufteilung nichtqualifizierter Freizeit zwischen L_n und E noch zu bestimmen ist. Der Bildungswillige wird nach Abzug des Arbeitsleids V die Summe von nichtqualifiziertem und qualifiziertem Arbeitseinkommen, $W_n L_n + W(E)L_q/\rho - V$, in L_n und E maximieren. Anders als von Heckman et al. (2008) suggeriert, soll Studieren und Arbeiten die gleichen Kosten entgangener Freizeit, $V = V(E + L_n)$, verursachen. Studieren soll psychisch also nicht belastender sein als Arbeiten. Von sonstigen Kosten

wie Studiengebühren wird wiederum vereinfachend abgesehen, weil das wesentliche Argument unabhängig von der Existenz von Studiengebühren ist.

Damit man die Grenzkosten entgangener Freizeit in der Phase der Ausbildung durch die Grenzkosten entgangenen Lohns ersetzen kann, muss das Arbeitsangebot L_n im Optimum positiv sein und muss $V'(E + L_n) = W_n$ gelten. Wird in dieser Situation Freizeit konstant gehalten, aber mehr Zeit in Bildung investiert, E also zu Lasten von L_n marginal ausgedehnt, bleiben die Grenzkosten der entgangenen Freizeit V' offenbar konstant, während der Barwert des privaten Grenzeinkommens, $W'L_q/\rho$, durch die höhere Qualifikation bei strikt konvexem Verlauf von $W(E)$ zunimmt. Das widerspricht dann der Optimalität von E . Folglich muss im Optimum $L_n = 0$ und $V' \geq W_n$ gelten. Die Grenzkosten entgangener Freizeit übersteigen die Grenzkosten des entgangenen Lohns nicht qualifizierter Arbeit, und zwar systematisch. Dagegen lässt sich die optimale Wahl von E weiterhin durch $W'L_q/\rho = V'$ charakterisieren. In Einklang mit der Mincer-Literatur verlangt also Optimalität der Bildungsentscheidung die Angleichung von marginaler interner Ertragsrate $W'L_q/V' \equiv IRR$ und privatem Diskontsatz ρ . In Abkehr von der Literatur müssen allerdings die Grenzkosten von Bildung durch die Grenzkosten entgangener Freizeit gemessen werden und nicht nur durch den entgangenen Lohn in der Phase der Ausbildung.

Man kann es auch anders ausdrücken: Die Mincer-Literatur unterstellt implizit, dass sich Bildungsabschlüsse durch Geld kaufen lassen. Die Menschen verzichten lediglich auf nicht-qualifiziertes Arbeitseinkommen und kaufen damit Bildung, die in der Phase nach der Ausbildung zu einem höheren Einkommen führt. Wenn dem so wäre, müsste man sich in der Tat wundern, weshalb nicht mehr Menschen studieren. Schließlich verzinsen sich Bildungsinvestitionen bei deutschen Männern mit 9,2% und damit weit über den realen Finanzierungskosten. Bildungsabschlüsse lassen sich aber nicht kaufen. Sie verlangen vielmehr den persönlichen Einsatz von Studienzzeit, und deren Grenzkosten übersteigen bei rational optimierenden Individuen den Lohnsatz entgangener Arbeit.

Nun wird es nicht reichen, die Schätzungen der OECD lediglich methodisch zu kritisieren. Die Politik wird die darauf aufbauenden Empfehlungen nur dann ignorieren können, wenn man abweichende Empfehlungen methodisch überzeugender begründen kann. Der Vorschlag von Richter und Schneider (2013) läuft darauf hinaus, die theoretische Begründung bildungspolitischer Empfehlungen und ihre empirische Quantifizierung sorgfältig zu trennen. Aus methodischen Gründen werden Ökonomen bei der theoretischen Begründung von Politikempfehlungen nicht einfach auf die Annahme rational handelnder Individuen verzichten können. Ein Vorzug der Rationalitätsannahme ist, dass sich auf ihrer

Grundlage eine einfache Regel für effiziente Bildungspolitik wohlfahrtsökonomisch absichern lässt. Und zwar lässt sich argumentieren, dass sich der Staat an den Kosten erwerbsorientierter Bildung mindestens in dem Verhältnis beteiligen sollte, in dem er die Erträge steuerlich abschöpft.¹

Die Problematik dieser nicht unplausiblen Empfehlung liegt darin, dass ihre praktische Umsetzung in Politik eine Schätzung der sozialen Kosten entgangener Freizeit verlangt. Zwar lassen sich die privaten Kosten entgangener Freizeit aus beobachtetem Bildungsverhalten ableiten. Die privaten Kosten können aber in einer Welt mit verzerrender Besteuerung von Bildungserträgen nicht einfach mit den sozialen Kosten gleichgesetzt werden. Letztere müssen getrennt geschätzt werden. Erste Annäherungen an das Problem lassen Zweifel an der Behauptung aufkommen, dass Deutschland die tertiäre Bildung nach effizienztheoretischen Maßstäben zu wenig fördert.

Aber selbst dann, wenn sich verlässlich nachweisen ließe, dass sich der deutsche Fiskus an den Bildungskosten schwächer beteiligt als an den Erträgen, muss dies nicht bedeuten, dass die staatlichen Mittel für die Bildung aufzustocken sind. Schließlich kann man die gebotene Angleichung der Kosten- und Ertragsteilungsverhältnisse auf zwei Wegen erreichen: Entweder beteiligt sich der Staat stärker an den Kosten, oder er schöpft die Erträge schwächer ab.

Kurzfristig mag es so scheinen, als seien das zwei gleichwertige Politikarten und die Auswahl eine Frage der politischen Ideologie. Langfristig wird dagegen an einer Absenkung beider Teilungsverhältnisse kein Weg vorbeiführen. Andernfalls droht Deutschland bei zunehmender Mobilität von Akademikern und zunehmender Umstellung der akademischen Lehre auf Englisch die Rolle eines Landes, in dem man sich zwar gerne ausbilden lässt, in dem man danach aber nicht unbedingt Erwerbsarbeit sucht. Kosten und Erträge von Bildung fallen ja nicht zeitgleich an. Rational ist es für mobile Studierwillige, sich dort ausbilden zu lassen, wo die Qualität der Ausbildung hoch ist und die angelasteten Kosten gering. Ebenso rational ist es, seinen Arbeitsplatz dort zu suchen, wo die Bildungserträge möglichst wenig mit Steuern und Abgaben belastet werden. In der OECD-Welt fällt aber Deutschland als Land dadurch auf, dass Bildungserträge vergleichsweise stark besteuert werden, und zwar auch ohne die von den Oppositionsparteien noch im Bundestagswahlkampf geforderte Anhebung der Einkommensteuersätze. Hohe Abgaben auf Bildungserträge sind ein klarer Standortnachteil, der nur wegen der Folgen der Eurokrise derzeit nicht sichtbar wird. Die hohen Abgaben können ihre abschreckende Wirkung nicht entfalten, weil Scha-

¹ Diese Forderung findet sich bereits in Wissenschaftlicher Beirat beim BMF (2010).

ren gut ausgebildeter Menschen in Europa auf der Suche nach Arbeit sind.

Längerfristig wird sich Deutschland dem Wettbewerb um hoch qualifizierte Arbeitskräfte stellen müssen. Mit der dann notwendigen Absenkung der Abgaben auf Bildungserträge wird sich auch die Frage der Kostenteilung neu stellen. Die hohe Beteiligung des Staates an den Bildungskosten wird nicht länger zu rechtfertigen sein. Zumindest auf der tertiären Ebene wird man also eine Rückkehr zu Studiengebühren erleben. Erste Einlassungen von Politikern deuten in diese Richtung. Allerdings sind sie nicht konsequent zu Ende gedacht. Sie beschränken sich vornehmlich auf die Forderung nach Studiengebühren für Drittstaatenangehörige. Die internationale Mobilität der Studierenden wird aber eine allgemeine Beteiligung an der Finanzierung tertiärer Bildung durch Studiengebühren erzwingen.

Literatur

Heckman, J.J., L.J. Lochner und P.E. Todd (2008), »Earnings Functions and Rates of Return«, *Journal of Human Capital* 2, 1–31.

Lüpke-Narberhaus, F. (2013), »OECD-Bericht zur Bildung: Deutschland braucht mehr Hochqualifizierte«, *Spiegel Online*, verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/bildung-auf-enen-blick-oecd-lobt-deutsches-ausbildungssystem-a-907662.html>, aufgerufen am 27. Oktober 2013.

OECD (2013), »Bildung auf einen Blick 2013, Deutschland, Ländernotiz«, online verfügbar unter: http://www.oecd.org/edu/Germany_EAG2013%20Country%20Note%20%28DE%29.pdf.

Richter, W. F. und K. Schneider (2013), »Education: Optimal Choice and Efficient Policy«, TU Dortmund, Discussion Paper.

Wissenschaftlicher Beirat beim BMF (2010), *Beitragspflichtiger Hochschulzugang*, Gutachten, Berlin.



Ludger Wößmann*

Der Wahn vom Akademisierungswahn

Seit einigen Wochen geistert eine Debatte um den angeblichen »Akademisierungswahn« durch unser Land. Gehen in Deutschland wirklich zu viele Menschen auf die Hochschulen? Gefährdet ein Anstieg der Studierendenquoten gar die Grundlagen unserer Volkswirtschaft? Vielleicht sollten wir uns dazu einmal die Fakten anschauen. Und da kommt die PIAAC-Studie – das neue »Programme for the International Assessment of Adult Competencies« – gerade recht, deren Ergebnisse just veröffentlicht wurden (siehe dazu das letzte Heft des *ifo Schnelldienstes*). PIAAC ist so etwas wie ein »Erwachsenen-PISA«, in dem die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) die grundlegenden Lese- und Mathematik-Kompetenzen Erwachsener im internationalen Vergleich getestet hat.

Höhere Bildung zahlt sich aus

Die PIAAC-Ergebnisse zeigen, dass am deutschen Arbeitsmarkt jedes zusätzliche Bildungsjahr mit knapp 10% höherem Einkommen einhergeht (vgl. Wiederhold und Wößmann 2013). Dabei sind Einkommensunterschiede aufgrund der Dauer der Erwerbserfahrung und des Geschlechts bereits herausgerechnet. Sogar wenn man Unterschiede in den von PIAAC gemessenen Grundkompetenzen herausrechnet, sind es noch über 8% (vgl. Klaukien et al. 2013). Anders ausgedrückt: Selbst wenn man diese anderen Faktoren konstant hält, verdienen Personen mit einem höheren Bildungsabschluss (z.B. Hochschulabschluss) 36% mehr als Personen mit einem Lehrabschluss und 57% mehr als Personen ohne berufsqualifizierenden Abschluss. Eine umfangreiche empirische Literatur deutet darauf hin, dass so berechnete Zusammenhänge in der Tat weitgehend einen kausalen Effekt der höheren Bildung und nicht etwa Selektionseffekte widerspiegeln (vgl. etwa Card 1999).

* Prof. Dr. Ludger Wößmann ist Professor für Bildungsökonomik an der Ludwig-Maximilians-Universität München und Leiter des ifo Zentrums für Bildungs- und Innovationsökonomik am ifo Institut.

Auch mit der regelmäßig bemühten Akademikerarbeitslosigkeit ist es nicht weit her: Die Realität sieht so aus, dass Personen mit Hochschulabschluss eine Arbeitslosenquote von gut 2% haben, Personen mit abgeschlossener Lehre gut 5% und Personen ohne Berufsbildungsabschluss knapp 20%. Arbeitslosigkeit ist hierzulande ein Problem der Geringqualifizierten, nicht der vermeintlich Überqualifizierten.

Unsere Volkswirtschaft scheint also weit davon entfernt zu sein, keine weiteren Hochschulabsolventen mehr zu benötigen. Gerade hierzulande wird ein Studienabschluss sehr gut entlohnt. Gäbe es zu viele Akademiker, dann würden diese Erträge sicherlich sinken. Die Fakten entlarven die Rede vom Akademisierungswahn als Wahnbild, das mit der Realität wenig zu tun hat.

Jede Menge unausgeschöpfter Bildungspotenziale

Aber woher sollen weitere Studenten kommen, fragen die Kritiker. Muss das nicht zwangsläufig zu einer Verringerung der Anforderung an die Studierenden und damit der Qualität des Studiums führen? In der Tat nimmt ein Großteil (84%) der Kinder von Beamten mit Hochschulabschluss bereits selbst ein Hochschulstudium auf. Aber bei Arbeiterkindern liegt die Studienanfängerquote lediglich bei 17%! Hier gibt es noch jede Menge Potenziale, die (zumeist bereits im Schulsystem) nicht ausgeschöpft werden. Solange das so ist, gibt es auch noch viel Potenzial für weitere Akademiker ohne Qualitätsverlust im Studium.

Auch geht die bessere Bildung des einen nicht zu Lasten der wirtschaftlichen Chancen des anderen. Gesamtwirtschaftlich erweist sich ein besseres Bildungsniveau der Bevölkerung als der wohl wichtigste Bestimmungsfaktor des langfristigen volkswirtschaftlichen Wachstums und damit des gesellschaftlichen Wohlstands insgesamt (vgl. Hanushek und Wößmann 2012). Vorstellungen, eine gute Bildung sei nichts mehr wert, wenn jeder sie hätte, sind völlig irrig. Sie basieren auf der falschen Vorstellung eines in seiner Größe feststehenden wirtschaftlichen Kuchens, den es zu verteilen gelte. Ganz im Gegenteil profitiert die gesamte Volkswirtschaft von der besseren Bildung jedes Einzelnen. Die Fakten belegen, dass der Kuchen wächst, wenn alle ein höheres Bildungsniveau erreichen. Damit ist nicht nur für jeden, der produktiver wird, mehr da, sondern gesellschaftlich steht etwa auch mehr für die sozialen Sicherungssysteme zur Verfügung.

Natürlich ist nicht jedes zusätzliche Studium zwangsläufig volkswirtschaftlich lohnend. Es gibt Studierende, die in einer Berufsausbildung besser aufgehoben wären. Auch geben die genannten Werte die durchschnittlichen Erträge wieder. Es gibt Studienfächer, für die die Wirtschaft relativ wenig offenen Bedarf hat. Aber gleichzeitig sind die Erträge in an-

deren Fächern umso höher. Die Nachfrage nach Absolventen aus den MINT-Fächern etwa ist ungebrochen. Zusätzliche Akademiker wären hier ein Segen, auch für die Wirtschaft.

Hochschulbildung und duale Berufsausbildung nicht gegeneinander ausspielen

Das soll nicht die große Bedeutung der dualen Berufsausbildung für die deutsche Wirtschaft schmälern. Die Berufsausbildung ist eine zentrale Säule der Kompetenzentwicklung im deutschen System. Aber es ist ein Fakt, dass in Deutschland ein Hochschulstudium im Durchschnitt noch wesentlich höher entlohnt wird als eine duale Berufsausbildung. Sicherlich vermitteln einige duale Ausbildungen hierzulande mehr Kompetenzen als die relativ niedrig angesiedelten Community Colleges in den USA, die in den Statistiken als höhere Bildung verbucht werden. Wenn die OECD also pauschal fordert, Deutschland müsse die Hochschulbildung ausweiten, weil andere Länder mehr Hochschulabsolventen haben, dann ist diese Begründung aufgrund der fehlenden Vergleichbarkeit der Bildungssysteme in der Tat wenig überzeugend.

Aber deswegen muss die Forderung an sich ja noch nicht falsch sein. Offensichtlich hat die deutsche Volkswirtschaft noch hohen Bedarf an Hochschulabsolventen. Hochschulbildung und duale Berufsausbildung dürfen dabei jedoch nicht gegeneinander ausgespielt werden. Im Gegenteil würde sich im deutschen System ein deutlicher Ausbau der dualen Studiengänge und des Zugangs der besten Lehrlinge in angewandte Studiengänge ganz besonders anbieten.

Und was, wenn der Fachkräftemangel dann eines Tages noch dringlicher wird als der Akademikerbedarf? Erstens müssen die Betriebe dann eben höhere Löhne für Ausbildungsberufe zahlen, um gute Bewerber zu bekommen. So zeigen die Lohnsignale, wo wirklich der höchste Bedarf besteht. Mit steigenden Facharbeiterlöhnen werden sich dann auch wieder mehr Menschen für einen Ausbildungsberuf entscheiden. So gesehen gibt es in einer Marktwirtschaft niemals einen »Mangel«, sondern nur falsche Preise bzw. Löhne, die die Nachfrage – etwa nach qualifizierter Arbeit – nicht mit dem Angebot ins Gleichgewicht bringen. Statt bildungshungrige Jugendliche mit dem Wahnbild des vermeintlichen Akademisierungswahns zu verschrecken, sollten die Betriebe also gute – auch nicht-akademische – Bildung entsprechend entlohnen.

Zweitens geht unser Ausbildungssystem derzeit an fast jedem Fünften vorbei: Seit vielen Jahren erzielen knapp 18% eines jeden Jahrganges keinen beruflichen Bildungsabschluss. Das hat sicherlich etwas mit Problemen im Schul-

system zu tun. Aber bereits in einem 1953 (!) erschienenen Beitrag berichtete etwa der *Spiegel*: »Immer lauter beschwerten sich die Firmen über das lückenhafte Wissen der neu-eingestellten Lehrlinge« (*Der Spiegel*, 18. Februar 1953, S. 32). (Der Beitrag berichtet u.a. von einem Dortmunder IHK-Referenten, dem »ein Kaufmann ungehalten mehrere Quittungsbons mit Additionsfehlern auf den Schreibtisch [legte], die sein Lehrling ausgefertigt hatte. Außerdem wisse er nicht, nörgelte er, was er mit einem Wesen anfangen solle, das die Kunden mit einem barschen »Was wollen Sie?« begrüße oder, wenn es in sanfter Stimmung sei, mit einem »Womit kann ich Sie dienen?«.«) Sicherlich ist damals wie heute nicht jeder Jugendliche »ausbildungsfähig«. Aber wenn fast jeder Fünfte ohne jegliche abgeschlossene Berufsausbildung bleibt, dann ist an dem System doch etwas falsch – und dann besteht dort noch viel Potential.

Besonders irreführend ist es, wenn in diesem Zusammenhang auf die aktuell frappierend hohe Jugendarbeitslosigkeit in den südeuropäischen Krisenländern verwiesen wird. Als wenn die dortige Situation von den Bildungssystemen ausgelöst worden wäre. Nicht jedes wirtschaftliche Problem – und vor allem keine Finanzkrisen und Konjunkturerinbrüche – lässt sich mit der Bildung erklären. Die spanische Situation etwa hat vor allem mit geplatzten Immobilienblasen und dem fluchtartigen Abziehen des Finanzkapitals zu tun. Die aktuell verheerende Arbeitsmarktsituation ist also mehr der gesamtwirtschaftlichen Krisensituation und der Inflexibilität und Segmentierung des Arbeitsmarktes geschuldet als dem individuellen Bildungsniveau. Aber auch hier hat etwa der künstliche Bauboom mit relativ hohen Löhnen für geringqualifizierte Arbeit dazu beigetragen, dass viele Jugendliche ihre Bildungskarriere frühzeitig abgebrochen haben. Das rächt sich nun: Natürlich stehen gegenwärtig in Spanien auch Akademiker auf der Straße, aber proportional sind es viel weniger als bei Personen mit niedrigerer Bildung. Bei den vorliegenden Arbeitslosigkeitsdaten nach Bildungsabschluss der 25- bis 34-jährigen Spanier waren 2010 unter denjenigen mit Hochschulabschluss gut 14% arbeitslos, mit mittlerer Bildung 22% und ohne höheren Sekundarabschluss knapp 32%.

Die Welt ist nicht statisch, sie verändert sich

Natürlich könnte sich der Trend zum größeren Bedarf an höherer Bildung eines Tages auch umkehren. Aber etwa in den Vereinigten Staaten wurde bereits in den 1970er Jahren vom angeblich »Overeducated American« gesprochen (vgl. Freeman 1976). Seitdem hat sich die Hochschulquote in der erwachsenen Bevölkerung verdreifacht (von 10% auf 30% College Graduates) – und gleichzeitig hat sich der Einkommensvorteil der Hochschulabsolventen gegenüber denjenigen ohne Hochschulabschluss (die College Wage Premium) von 40% auf über 80% mehr als verdoppelt! Trotz steigenden Angebots an Akademikern ist ihr relatives Ein-

kommen nur noch weiter gestiegen. Die Nachfrage nach Akademikern ist also noch viel schneller gestiegen als das Angebot.

Die technologischen Veränderungen der letzten Jahrzehnte, vor allem der Vormarsch neuer Informations- und Kommunikationstechnologien, haben in den entwickelten Ländern offensichtlich die Nachfrage nach Hochqualifizierten begünstigt. Die Ökonomen sprechen hier von »skill biased technological change«. Ob und inwieweit dies auch in Zukunft anhält, kann natürlich niemand sagen. Aber Deutschland hat dabei sicherlich noch erheblichen Nachholbedarf, und gerade weil sich die Welt verändert, bedarf die Wirtschaft einer hochqualifizierten Bevölkerung. Für die duale Berufsausbildung bedeuten die sich rasch verändernden Arbeitswelten darüber hinaus, dass die erworbenen Kompetenzen nicht zu eng auf einen einzelnen Beruf zugeschnitten sein dürfen. Denn wenn sich Technologie und Wirtschaftsstruktur dauernd wandeln, geht eine allzu berufsspezifische Ausbildung mit einer erhöhten Gefahr der Erwerbslosigkeit im Alter einher (vgl. Hanushek, Wößmann und Zhang 2011).

Was der gestiegene Bedarf an hochqualifizierten Beschäftigten konkret bedeutet, verdeutlichen wiederum die PIAAC-Ergebnisse. Nicht nur höhere Bildungsabschlüsse gehen mit höheren Einkommen einher. Auch nach Herausrechnen von Berufserfahrung und Geschlecht gilt: Wer im PIAAC-Test um eine von fünf Kompetenzstufen besser abschneidet, verdient im Durchschnitt 23% mehr – das sind 650 Euro pro Monat (vgl. Wiederhold und Wößmann 2013). Jenseits des Bildungsabschlusses honoriert gerade der deutsche Arbeitsmarkt also vor allem die erworbenen Grundkompetenzen. Die neuen Ergebnisse belegen eindrucksvoll, wie zentral sowohl Bildungsabschlüsse als auch grundlegende Kompetenzen für den Erfolg am Arbeitsmarkt sind.

Deshalb darf es uns nicht kalt lassen, dass die deutschen Erwachsenen – wie zuvor schon die Schülerinnen und Schüler bei PISA – im internationalen PIAAC-Vergleich nur mittelmäßig abschneiden. In der modernen Wissensgesellschaft steht und fällt der wirtschaftliche Wohlstand des Einzelnen wie der Gesellschaft mit den Bildungsleistungen. Von Jung bis Alt benötigen wir eine Bildungspolitik, die die Bürgerinnen und Bürger mit den Kompetenzen ausstattet, die ihnen eine erfolgreiche Teilhabe am gesellschaftlichen wie wirtschaftlichen Leben ermöglichen. Wenn eine gesteigerte akademische Bildung das Ihrige dazu beiträgt, dann ist das kein Wahn, sondern das Fundament unseres zukünftigen Wohlstands.

Literatur

Card, D. (1999). »The Causal Effect of Education on Earnings«, in: O. Ashenfelter und D. Card (Hrsg.), *Handbook of Labor Economics*, Vol. 3A, North-Holland, Amsterdam, 1801–1863.

Freeman, R.B. (1976), *The Overeducated American*, Academic Press, New York.

Hanushek, E.A. und L. Wößmann (2012), »Do Better Schools Lead to More Growth? Cognitive Skills, Economic Outcomes, and Causation«, *Journal of Economic Growth* 17(4), 267–321.

Hanushek, E.A., L. Wößmann und L. Zhang (2011), »General Education, Vocational Education, and Labor-Market Outcomes over the Life-Cycle«, NBER Working Paper 17504, National Bureau of Economic Research, Cambridge, MA.

Klaukien, A., D. Ackermann, S. Helmschrott, B. Rammstedt, H. Solga und L. Wößmann (2013), »Grundlegende Kompetenzen auf dem Arbeitsmarkt«, in: B. Rammstedt (Hrsg.), *Grundlegende Kompetenzen Erwachsener im internationalen Vergleich: Ergebnisse von PIAAC 2012*, Waxmann, Münster, 127–166.

Wiederhold, S. und L. Wößmann (2013), »Bildung und Arbeitsmarkterfolg: Gerade in Deutschland zahlen sich höhere Kompetenzen aus«, *ifo Schnelldienst* 66(22), 10–14.



Stefan Wolf*

Die Wissensgesellschaft braucht Hochschulabsolventen und Facharbeiter

In vielen Ländern wird derzeit die duale Ausbildung nach deutschem Vorbild geradezu als Allheilmittel zur Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit gepriesen. Doch in Deutschland selbst scheint sie im gegenläufigen Trend an Attraktivität zu verlieren. In diesem Zusammenhang mehren sich die Stimmen, die vor einer »Überakademisierung« der Gesellschaft und einer Verdrängung der dualen Ausbildung warnen. Nahrung erhält dies auch dadurch, dass eine wachsende Zahl von Unternehmen und Branchen von großen Mühen berichten, ihre Ausbildungsstellen mit geeigneten Bewerberinnen und Bewerbern zu besetzen.

Aus Sicht der Arbeitgeber erscheint es jedoch naiv, eine Stärkung der dualen Ausbildung durch eine Schwächung der Hochschulen oder eine künstliche Begrenzung der Hochschulzugangsberechtigungen erreichen zu wollen. Dies wäre kurzsichtig und gefährlich. Es würde den eindeutigen und richtigen Trend zur Höherqualifizierung und die große Dynamik in Technologie und Gesellschaft negieren. Es gibt beispielsweise Berufe aus den Bereichen Gesundheit, Pflege und Erziehung, da nimmt die notwendige Akademisierung erst jetzt richtig Fahrt auf.

Die duale Ausbildung muss ihre eigenen Stärken aufzeigen und offensiv um die jungen Leute werben. Dazu gehören eine hohe Qualität der Ausbildung und attraktive Rahmenbedingungen, wie sie die M+E-Industrie bietet, sowie starke Berufsschulen als Partner. Ein Gegensatz zwischen den benötigten akademisch und dual ausgebildeten Fachkräften existiert nicht. Vielmehr geht es darum, die nach wie vor zu hohe Zahl von Menschen ohne jeden Berufsabschluss zu reduzieren. So hat jeder Sechste zwischen 25 und 35 Jahren keine abgeschlossene Berufsausbildung. Wir müssen also das Qualifikationsniveau der Bevölkerung insgesamt anheben. Dies ist wesentlich bedeutsamer als die Frage, ob

* Dr. Stefan Wolf ist Vorsitzender des Verbandes der Metall- und Elektroindustrie Baden-Württemberg e.V. – Südwestmetall.

in einigen Jahren mehr Ingenieure oder mehr Facharbeiter fehlen.

Bei abnehmenden Schülerzahlen und steigender Studierquote werden wir uns in der dualen Ausbildung künftig mit heterogener werdenden Bewerberprofilen auseinandersetzen müssen. Das bedeutet zum einen: Das duale System muss es schaffen, mehr benachteiligte Jugendliche mit Ausbildungsrisiko zu integrieren. Ein Beispiel hierfür ist das im letzten Jahr zwischen den Tarifpartnern der M+E-Industrie vereinbarte »Förderjahr«. Zum anderen gilt es, in der dualen Ausbildung Angebote für leistungsstarke Schulabgänger einschließlich Abiturienten zu schaffen: Dazu zählen Auslandsaufenthalte mit Sprachkursen, Zusatzqualifikationen und neue Modelle des parallelen Erwerbs der Hochschulreife und eines beruflichen Abschlusses, z.B. im dreijährigen Berufskolleg. Auch müssen die Möglichkeiten, sich mit einem dualen Berufsabschluss weiterzuentwickeln, deutlicher aufgezeigt werden. Hier haben wieder die Tarifpartner der M+E-Industrie mit ihren Modellen zur Weiterbildung eine wichtige Voraussetzung geschaffen.

Diese Durchlässigkeit des Bildungssystems ist Voraussetzung, um den gegenseitigen Wechsel zwischen beruflicher und akademischer Bildung zu fördern. Das gilt sowohl für ein Studium mit vorherigem Berufsabschluss als auch für die wechselseitige Anrechnung von Lernleistungen aus einer Berufsbildung auf ein Studium und umgekehrt. Wir müssen die heute bereits bestehende Durchlässigkeit des Bildungssystems in der Öffentlichkeit besser bewerben. Sie erhöht die Attraktivität der dualen Ausbildung, da Jugendliche zu einem späteren Zeitpunkt eine Hochschulzugangsberechtigung erreichen können.

Der Trend zu höheren Schulabschlüssen und zum Erwerb der Fach- oder der allgemeinen Hochschulreife ist nicht zu kritisieren. In unserer Gesellschaft wird – richtigerweise – Bildung als der Schlüssel für Chancengerechtigkeit und sozialen Aufstieg postuliert. Und diese Botschaft wird mittlerweile auch in der Breite verstanden. Daher ist es wenig überraschend, dass junge Menschen gemeinsam mit ihren Eltern hohe Ziele ins Auge fassen und vor allem auf formale Abschlüsse und Zugangsberechtigungen blicken. Weitere Anschlussmöglichkeiten und die Option eines Studiums spielen dabei eine zentrale Rolle. Damit verknüpft sind zudem gesellschaftliche Statusfragen.

Die Entwicklung der Erwerbstätigenzahlen und der Arbeitslosenquoten zeigt zudem den klaren Befund: Bei steigenden Zahlen von Erwerbstätigen mit Fachhochschul- oder Universitätsabschluss bewegt sich deren Arbeitslosenquote seit Jahren auf einem so niedrigen Niveau, dass wir von Vollbeschäftigung sprechen können. Kein objektiver Indikator zeigt Probleme auf dem Akademiker-Arbeitsmarkt an. Im Gegenteil: Die Akademiker-Arbeitslosigkeit liegt bundesweit bei

rund 2,5%, die niedrigste aller Qualifikationsarten. Zugleich erzielen Akademiker im Durchschnitt die höchsten Einkommen; und dieser Einkommensvorsprung ist in den letzten Jahren weiter angewachsen. So verdienten im Jahr 2000 Arbeitskräfte mit diesem sogenannten Tertiärabschluss etwa 40% mehr als Personen ohne diesen Abschluss. 2011 betrug der Verdienstvorsprung dann schon zwei Drittel. Damit liegt Deutschland auch im internationalen Vergleich an der Spitze. Warnungen vor der »Akademikerschwemme« begleiten uns nun schon seit Jahrzehnten – und sie haben sich stets als falsch herausgestellt.

Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Die Rekrutierung hochqualifizierter Fachkräfte wird zunehmend zur Herausforderung für die Unternehmen. Bereits heute benötigt die Hälfte aller Unternehmen in Baden-Württemberg bis zu einem halben Jahr, um freie Stellen zu besetzen, und 10% sogar bis zu einem Jahr. Das sind die Ergebnisse der Studie »Best Practices zur Mitarbeitergewinnung und -bindung Hochqualifizierter«, die von der Dualen Hochschule Ravensburg im Frühjahr 2013 durchgeführt und von den Arbeitgeberverbänden in Baden-Württemberg unterstützt wurde.

Für die kommenden fünf Jahre bezeichnen 78% der Unternehmen in Baden-Württemberg hochqualifizierte Mitarbeiter als einen der Kernaspekte oder sogar als wichtigsten Aspekt für den Unternehmenserfolg. Gleichzeitig rechnen die Firmen damit, dass vor allem die Gewinnung, aber auch die Bindung hochqualifizierter Mitarbeiter immer schwieriger wird. So zeigt die Studie, dass neun von zehn der befragten Unternehmen Schwierigkeiten bei der Gewinnung hochqualifizierter Mitarbeiter erwarten. Bei der Bindung sind es immerhin acht von zehn, die von wachsenden Herausforderungen ausgehen.

Auch aus diesem Grund werden praxisnahe Modelle immer wichtiger, die akademisches und berufliches Lernen eng verknüpfen. Solche Modelle werden in unterschiedlichen Formen von dualen Studiengängen bereits angeboten, z.B. die praxisintegrierten Modelle der Dualen Hochschule Baden-Württemberg oder die ausbildungsintegrierten Modelle, die man in sogenannten Kooperationsstudiengängen an Fachhochschulen findet. Die Betriebe schätzen diese neuen dualen Strukturen, da sie in hohem Maße flexibel sind und gleichzeitig mit der akademischen Ausbildung Fachkräfte binden. In absoluten Zahlen dominiert unverändert die duale Ausbildung gegenüber dualen Studiengängen. Doch ist unverkennbar, dass die dualen Studiengänge über die letzten Jahre ihren Marktanteil spürbar vergrößert haben. Im Jahr 2013 wurde fast jeder vierte Ausbildungsplatz in der baden-württembergischen Metall- und Elektroindustrie im Rahmen eines dualen Studiums bereitgestellt, sieben Jahre davor war es erst jeder sechste: Eine Entwicklung, die vor zehn Jahren niemand vorausgesagt hätte und die auch die hohe Veränderungsdynamik und den Trend zur Höherqua-

lifizierung widerspiegelt. Dabei fällt auch auf, dass die Studiengänge der Dualen Hochschule weit weniger sensibel auf Konjunkturschwankungen reagieren als die duale Ausbildung selbst.

Die Duale Hochschule Baden-Württemberg (DHBW) steht exemplarisch für eine stark ausdifferenzierte Hochschullandschaft und viele verschiedene, neue Studienmodelle: Dual, ausbildungsintegriert, berufsbegleitend, konsekutiv – und das Ganze in Teilzeit oder Vollzeit mit einer sehr heterogenen Studierendenschaft. Es gibt neue Modelle der wissenschaftlichen Weiterbildung, der Kontaktstudien und der Kooperationsangebote von Weiterbildungsträgern und Hochschulen. »Den« Akademiker gibt es schon lange nicht mehr. Und diese Ausdifferenzierung spiegelt vor allem den Bedarf des Arbeitsmarktes wider.

Das gilt auch für die Metall- und Elektroindustrie. Die Fachkräftesicherung dort basiert auf Mitarbeitern, die in vielen unterschiedlichen Profilen dual und akademisch ausgebildet werden. Das heißt, die Facharbeiterausbildung ist für die Nachwuchssicherung genauso unverzichtbar wie die Hochschulausbildung. Unsere Betriebe brauchen qualifizierte Hochschulabsolventen, um ihre führende Wettbewerbsposition halten und ausbauen zu können. Hochqualifizierte haben eine herausragende Bedeutung für den Unternehmenserfolg und ihre Bedeutung wird in den kommenden Jahren noch weiter wachsen. Der technologische Wandel, kürzere Innovationszyklen und ein hoher Internationalisierungsgrad der Wirtschaft fördern den Trend zur Höherqualifizierung und zur Akademisierung der Arbeitswelt. Deutschland ist bereits heute eine Wissensgesellschaft – und wird es in Zukunft noch mehr sein. Der Hochschulausbau der letzten Jahre war und ist daher richtig.

Natürlich müssen die richtigen Schwerpunkte im Hochschul- ausbau gelegt und der Ausbau der Kapazitäten eng mit der Wirtschaft abgestimmt werden, wie es auch in den letzten Jahren geschehen ist. Das gilt vor allem für die sogenannten MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) sowie die Gesundheitsberufe. Und das gilt vor allem für den anstehenden Ausbau der Masterkapazitäten. Entscheidend dabei ist, in diesen Studiengängen einen hohen Qualitätsstandard zu sichern. Der Anstieg der Studierendenzahlen darf nicht zu Qualitätseinbußen führen.

Die Planung mit derzeit rund 50% Übergangsquote in den Master über alle Fachbereiche hinweg erscheint uns zu hoch. Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass der Bachelor nur eine Durchgangsstation zum Master ist. In der gestuften Studienstruktur sollte der direkte Übergang vom Bachelor- in das Masterstudium eine Option sein, aber eben nicht die Regel. Bachelor-Absolventen sind in den Betrieben der M+E-Industrie hoch willkommen, und sie

haben dort hervorragende Karriere- und Einkommensperspektiven.

Meines Erachtens sind Studienbeiträge unverzichtbar, um die Studierendenströme sinnvoll zu steuern. Das ist auch notwendig, damit das Ungleichgewicht gegenüber berufsbegleitenden Studiengängen, deren Vollkosten in der Regel mit Studienbeiträgen gedeckt werden, nicht zu groß wird.

Dagegen halte ich die Diskussion um die 50%-Quote eines Jahrgangs, die studieren soll, eher für müßig. Die Erwerbs- und Berufsbiographien werden sich weiter ausdifferenzieren und immer weniger an Entweder/Oder-Entscheidungen orientieren: Die digitale Entscheidung »Ausbildung oder Studium« hat ausgedient. Die jungen Leute entscheiden gemeinsam mit ihren Eltern über ihren beruflichen Weg – niemand sonst. Dafür müssen sie optimal in der Schule vorbereitet und für die vielleicht wichtigste Entscheidung in ihrem jungen Leben, der Entscheidung für einen Ausbildungsberuf oder ein Studium, bestmöglich orientiert werden. Baden-Württemberg muss es gelingen, dies mit der anstehenden Bildungsplanreform 2015 sowie der geplanten Neuordnung der Lehrerausbildung sicherzustellen. Wichtig ist die Information über und die Praxiserfahrung in Berufen, die in der Zukunft besonders gebraucht werden, wie z.B. der Ingenieurberuf. Südwestmetall engagiert sich dafür seit vielen Jahren vom Kindergarten bis hin zur gymnasialen Oberstufe. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf der Förderung von Mädchen, um sie für eine Ausbildung oder ein Studium im MINT-Bereich zu begeistern.

Die Voraussetzung dafür, dass Berufs- oder Studieneinstieg gelingen, sind individuelle Förderstrategien sowie differenzierte und profilscharfe Schulabschlüsse, die den Interessen und Begabungen der jungen Menschen gerecht werden. Der Hauptschulabschluss, der Mittlere Abschluss und die Hochschulreife müssen sich an transparenten Qualitäts- und Kompetenzstandards orientieren. In welcher Schulstruktur sie angeboten werden, ist dabei zweitrangig.

Vor allem für Schulabsolventen mit Hauptschul- oder Mittlerem Abschluss bietet der direkte Einstieg in eine duale Ausbildung unverändert eine erstklassige Option und Perspektive, aber auch Absolventen mit Hochschulreife finden hier ihren Weg. Rund jeder zweite Ausbildungsanfänger weist heute einen mittleren Schulabschluss auf, etwa jeder vierte den Hauptschulabschluss und rund ein Fünftel die allgemeine oder die Fachhochschulreife. Die duale Ausbildung bleibt damit unverzichtbarer und zentraler Bestandteil jeder Fachkräftesicherungsstrategie. Sie gehört zu den großen Standortvorteilen in unserem Land und bietet hervorragende Karriereperspektiven als Facharbeiter.

Damit das aber so bleibt, muss sich auch die duale Ausbildung weiterentwickeln. Passgenaue Angebote für eine he-

terogenere Bewerberschaft und eine stärkere Auffächerung der Angebote im dualen System bedeuten die Schaffung eines transparenten Mehrstufenmodells mit:

- Teil-/Einstiegs-/Grundqualifikationen,
- zwei-, drei- und dreieinhalbjährigen Berufen ohne und mit Erwerb der Fachhochschulreife,
- einem ergänzenden Angebot von Zusatzqualifikationen, das auch auf Aufstiegsfortbildungen angerechnet werden kann, und
- dem dualen Berufskolleg.

Durchgängige Merkmale dieses Modells sind die Dualität der Lernorte Schule und Betrieb, die Anrechnung von Lernzeiten und Prüfungsleistungen auf die jeweils nächste Stufe, ein flexibles, verlässliches und vergleichbares System von Prüfungen und Zertifikaten sowie eine funktionierende und übergreifende Qualitätssicherung bei Betrieben, Schulen und Bildungsträgern.

Um ihr eigenes Profil zu schärfen, sollte die duale Ausbildung attraktive, moderne und modularisierte »Breitbandberufe« anbieten, die über betriebliche Einsatzgebiete betriebsspezifische Schwerpunktsetzungen zulassen. Dies ist einem Modell von »Spezialistenberufen« vorzuziehen, die nur für wenige Unternehmen und Bewerber in Frage kommen. Modularisierte ‚Breitbandberufe‘ würden auch die Neuordnung von Berufen bei beschleunigtem technischen und wirtschaftlichen Wandel erleichtern.

Auch wünsche ich mir, dass Berufsschulen systematisch zu selbstständigen Schulen entwickelt werden. Die selbstständige Schule mit einem hohen Maß an Eigenverantwortung für Profil, Personal und Budget ist ein Schlüssel für eine hohe Leistungsfähigkeit und bietet ein motivierendes Umfeld für engagierte Lehrkräfte. Eine ausreichende Unterrichtsversorgung vor allem im ländlichen Raum und im MINT-Bereich wird entscheidend für die Zukunftsfähigkeit und Attraktivität der dualen Ausbildung sein.

Diese Attraktivität ist der Schlüssel, um das duale System der Berufsausbildung im verschärften Wettbewerb bei zukünftig deutlich rückläufigen Schulabgänger- und damit Bewerberzahlen zu positionieren. Die Debatte um angeblich zu hohe Studentenzahlen und eine vermeintliche Überakademisierung lenkt hiervon nur ab und darf nicht länger als Alibi für einen fehlenden Reform- und Modernisierungswillen und eine klare Profilschärfung der dualen Ausbildung dienen.